



über die gemeinsame - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (54. Sitzung)
und
des Unterausschusses „Verbraucherschutz“ des Ausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz (18. Sitzung)
am 14. Oktober 2020
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Unterrichtung durch Frau Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Otte-Kinast zu dem angekündigten „Ampelsystem für Schlachthofschließungen“ sowie Umsetzungsmöglichkeiten der „Ferkelreduktion“ und dem Aspekt der Arbeitsquarantäne**
Unterrichtung..... 5
Aussprache 8

2. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7175](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2020 - 2024**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/7330](#)
- insbesondere Seiten 101 bis 104 -
Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Einbringung durch Ministerin Otte-Kinast..... 19
Allgemeine Aussprache..... 23
Einzelberatung 28

Anwesend:

Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

1. Abg. Hermann Grupe (FDP), Vorsitzender
2. Abg. Jörn Domeier (SPD)
3. Abg. Thordies Hanisch (SPD)
4. Abg. Karl Heinz Hausmann (SPD)
5. Abg. Tobias Heilmann (SPD)
6. Abg. Gerd Hujahn (i. V. d. Abg. Kerstin Liebelt) (SPD)
7. Abg. Karin Logemann (SPD)
8. Abg. Helmut Dammann-Tamke (CDU)
9. Abg. Uwe Dorendorf (CDU)
10. Abg. Christoph Eilers (CDU)
11. Abg. Anette Meyer zu Strohen (CDU)
12. Abg. Dr. Marco Mohrmann (CDU)
13. Abg. Dr. Frank Schmädeke (CDU)
14. Abg. Miriam Staudte (GRÜNE)

Mitglieder des Unterausschusses „Verbraucherschutz“ des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

1. Abg. Anette Meyer zu Strohen (CDU), Vorsitzende
2. Abg. Karl Heinz Hausmann (SPD)
3. Abg. Deniz Kurku (SPD)
4. Abg. Oliver Lottke (SPD)
5. Abg. Philipp Raulfs (SPD)
6. Abg. Petra Tiemann (SPD)
7. Abg. Helmut Dammann-Tamke (CDU)
8. Abg. Christoph Eilers (CDU)
9. Abg. Gerda Hövel (CDU)
10. Abg. Frank Oesterhelweg (i. V. d. Abg. Veronika Koch) (CDU)
11. Abg. Heiner Schönecke (CDU)
12. Abg. Dragos Pancescu (GRÜNE)

Von der Landesregierung:

Ministerin Otte-Kinast (ML).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela,
Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13.37 Uhr bis 16.08 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Der **Ausschuss** und der **Unterausschuss** verständigten sich einvernehmlich - abweichend von der Einladung zu dieser Sitzung - auf die Tagesordnung und die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte, wie sie sich aus dieser Niederschrift ergeben.

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz billigte die Niederschriften über die 50., die 51., die 52. sowie die 53. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Unterrichtung durch Frau Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Otte-Kinast zu dem angekündigten „Ampelsystem für Schlachthofschließungen“ sowie Umsetzungsmöglichkeiten der „Ferkelreduktion“

Unterrichtung

Ministerin **Otte-Kinast** (ML) trug Folgendes vor:

Die Unterrichtung könnte gar nicht aktueller sein, als sie ist. Deswegen möchte ich Folgendes vorausschicken. Wir haben folgenden Fall: Es geht um die Firma Westfleisch in Gelsenkirchen. Die Firma Westfleisch testet engmaschig alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - täglich - und eben auch das amtliche Untersuchungspersonal.

Am Freitag wurde eine amtliche Tierärztin negativ, am Montag jedoch positiv auf COVID-19 getestet. Der Betrieb in Gelsenkirchen wurde am Montag um 21.30 Uhr darüber informiert, dass keine Schlachtungen mehr stattfinden dürfen. Die gesamte Veterinärabteilung wurde sozusagen stillgelegt. Normalerweise werden 20 000 Schweine pro Woche und 2 000 Sauen pro Woche geschlachtet. Das sind 20 % aller Sauenschlachtungen in Deutschland. Der Schlachtbetrieb in Gelsenkirchen ist unser größter Schlachtbetrieb in Deutschland für Sauen. Er wurde kurzzeitig stillgelegt.

Westfleisch hat sich daraufhin u. a. an den Landkreis, an Frau Ministerin Heinen-Esser und den dortigen Gesundheitsminister Laumann gewandt und Amtshilfe angeregt. Das Ergebnis dieser sehr guten Gespräche ist, dass seit heute, 10.15 Uhr, wieder geschlachtet wird. Heute sind es 2 400 Tiere, morgen 3 600 Tiere, und ab übermorgen wird der Schlachtbetrieb wieder normal aufgenommen.

Offensichtlich konnte die zuständige Behörde zusätzliche Untersuchungspersonal rekrutieren. Es zeigt sich, dass nicht nur die Schlachtbetriebe, sondern auch die Landkreise und kreisfreien Städte gute Hygienekonzepte und auch Notfallpläne haben müssen.

Soeben haben wir noch gehört, dass das Gesundheitsamt der Stadt Gelsenkirchen, nach eingehender Prüfung des Sachverhalts, dem Betrieb

mitgeteilt hat, dass die Quarantäne schon ab morgen wieder aufgehoben wird.

Das vorweg.

Ich komme nun zu der aktuellen Situation bei uns in Niedersachsen. Sie haben mich gebeten, zu dem Punkt „Ampelsystem für Schlachthofschließungen sowie Umsetzung und Begleitung der Ferkelreduktion“ zu unterrichten.

Die gesamte Wertschöpfungskette Schweinefleischerzeugung steht derzeit vor immensen Problemen und Herausforderungen. Das wissen wir alle, die wir hier miteinander im Saal sind.

Grund dafür sind die corona-bedingten Einschränkungen der Schlachtkapazitäten im Schweinesektor, die dazu führen, dass schlachtreife Schweine nicht mehr in dem Umfang durch die Schlacht- und Zerlegebetriebe aufgenommen werden, wie dies üblicherweise der Fall ist.

Das Problem setzt sich dann bis zu den Ferkelerzeugern fort. Teilweise ist das wirklich eine verzweifelte Lage auf den Höfen. Die jüngsten Corona-Ausbrüche in zwei niedersächsischen Schlachthöfen haben die Situation noch mal dramatisch verschärft.

Hatten wir bereits vorher, auch bedingt durch die starke und anhaltend reduzierte Kapazitätsausnutzung in Rheda-Wiedenbrück, einen Überhang von 30 000 bis 40 000 Schweinen die Woche, so wird dieser Überhang durch die jüngsten Fälle in Sögel und Emstek noch einmal massiv steigen. Insgesamt geht es um eine Kapazität von 120 000 Schweinen in der Woche.

Sie haben mich gebeten, zu erläutern, was ich unter einem Ampelsystem für Schlachthofschließungen verstehe, und eben auch zum Thema Arbeitsquarantäne und Ferkelreduktion zu unterrichten.

Ich komme dieser Bitte gerne nach und fange mit dem Ampelsystem für Schlachthofschließungen an.

Wir haben in kürzester Zeit Schlachthöfe im Westen und Nordwesten entweder ganz oder teilweise geschlossen. Die Betriebe schlachten Geflügel und Schweine, bei uns in verschiedenen Landkreisen. Darunter sind Puten bzw. Masthühner schlachtende Betriebe in Lohne im Landkreis Vechta, in Wildeshausen im Landkreis Oldenburg

oder eben jüngst die beiden Betriebe im Landkreis Emsland und Landkreis Cloppenburg.

Seit dem Ausbruch in Rheda-Wiedenbrück haben die Schlachtbetriebe ihre Hygienekonzepte erheblich verschärft. Diese Hygienekonzepte spiegeln die bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse wider, um eine Infektion mit dem Coronavirus zu verhindern.

So werden z. B. die sogenannten AHA-Regeln im Betrieb und bei der Beförderung eingehalten. Das heißt: Abstand beachten in den Umkleieräumen, Pausenräumen, in der Kantine und auf den Fluren sowie natürlich am Arbeitsplatz. - Zudem werden nicht nur Alltags-, sondern FFP2-Masken getragen. Auch sind regelmäßige teilweise tägliche, d. h. engmaschige verpflichtende Untersuchungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Coronavirus vorgesehen.

In die Betriebe kommen nur negativ getestete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne klinische Symptome. Das Fieber wird vor dem Zutritt zum Betrieb gemessen.

Weiterhin wurden Filter- bzw. Lüftungsanlagen installiert und die Geschwindigkeit der Schlachtungen reduziert. Das heißt, es sind weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Betrieb. Dazu wurden die Arbeitszeiten flexibel gestaltet, um auch Überstunden ausgleichen zu können.

Sie sehen, es wird viel getan, um einen Corona-Ausbruch zu verhindern. Vor diesem Hintergrund hat mein Haus mit dem Gesundheitsministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen Leitfaden mit einem sogenannten Ampelsystem für Schlacht- und Zerlegebetriebe erarbeiten soll.

Diese Arbeitsgruppe soll eine landesweite Handreichung bzw. Hilfestellung für die zuständigen Gesundheitsämter erstellen, um bei der Entscheidung zu helfen, ob der Betrieb bei einem Infektionsgeschehen in einem Schlachthof aufrechterhalten werden kann, ob der Betrieb unter Auflagen mit verminderter Kapazität allenfalls eingeschränkt noch möglich ist oder ob der Betrieb komplett runtergefahren werden muss.

Gerade am Wochenende in Sögel hat man gemerkt, dass viele Gespräche unter Zeitdruck stattfinden. Es steht viel auf dem Spiel. Es geht um den Gesundheitsschutz der Mitarbeiter. Es geht eben auch darum, Betriebe weiter aufrechterhalten zu können.

In dieser Arbeitsgruppe sind Fachleute aus meinem Haus, aus dem Niedersächsischen Landesgesundheitsamt, dem Gesundheitsministerium und Experten einer kommunalen Behörde aus dem Gesundheits- bzw. dem Veterinärbereich. Bei Bedarf können auch noch weitere Sachverständige dazukommen.

Ich möchte an dieser Stelle noch mal deutlich betonen: Der Infektionsschutz der Bevölkerung und der Beschäftigten in der Fleischwirtschaft steht für mich an erster Stelle. Dabei ist es entscheidend, dass die beschlossenen Maßnahmen eingehalten werden und die Betriebe daran mitwirken, Infektionen zu verhindern. Ich erwarte Kooperationsbereitschaft vor Ort in den Landkreisen.

Ich kann einen Landrat in einem Landkreis sehr gut verstehen, wenn er einem Betrieb mal die rote Karte zeigen möchte. Dieser Landrat ist verantwortlich für die Menschen, die in seinem Landkreis wohnen und leben. Er möchte nicht wieder Schulen und Kindergärten schließen. Er hat Verantwortung für alle Menschen in seinem Landkreis. So geht es ganz vielen Landrätinnen und Landräten vor Ort. Alle müssen gemeinsam ernsthaft an ihren Hausaufgaben sitzen und kooperativ mit allen, die es betrifft, zusammenarbeiten.

Es gibt zentrale Ansatzpunkte, die die Arbeitsgruppe bewerten sollte. Ich möchte drei Punkte, die wichtigsten Punkte, nennen. Erstens geht es um das Hygienekonzept des Betriebes - d. h. um die Gesamtheit aller Hygienemaßnahmen einschließlich des Testmanagements -, zweitens um modernste Lüftungstechnik sowie Schutzeinrichtung am Arbeitsplatz einschließlich persönlicher Schutzausrüstung für die Beschäftigten sowie drittens um die Nutzung der Möglichkeiten der Arbeitsquarantäne.

Zum Thema „Arbeitsquarantäne“.

Mit der Arbeitsquarantäne liegen bereits Erfahrungen bei einem Infektionsfall in einem Schlachthof in Baden-Württemberg sowie bezüglich der Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft vor. Wie Arbeitsquarantäne funktionieren kann, haben wir im Frühjahr im Obst- und Gemüseanbau erlebt.

Bei einer Arbeitsquarantäne pendeln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausschließlich zwischen der Arbeitsstätte und dem Zuhause. Dabei werden alle notwendigen Auflagen zum Infektionsschutz beachtet.

Klar ist, dass nur Nichtinfizierte im Rahmen dieser Maßnahme arbeiten können.

Die Arbeitsquarantäne ist definitiv die bessere Alternative zu einer Betriebsstilllegung sowohl für den Unternehmer als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; denn so werden diese auch weiterhin bezahlt.

So wird es beispielsweise in dem Fall des Schlachtbetriebes in Sögel gehandhabt. Es gilt, die Beschäftigten vor Infektionen zu schützen und eine Verbreitung des Virus außerhalb dieses Betriebs zu vermeiden.

Erst wenn das gewährleistet werden kann, ist ein Weiterbetrieb der betroffenen Schlacht- und Zerlegebetriebe vertretbar. Für die Tierhalterinnen und Tierhalter und natürlich für die Tiere ist das wichtig, um massive Tierschutzprobleme in den Ställen zu vermeiden. Wie gesagt, der Infektionsschutz hat immer Vorrang, damit ein Betrieb weitergeführt werden kann.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal erwähnen, dass mein Kollege Albrecht aus Schleswig-Holstein händeringend Schlachtbetriebe sucht, damit die Tiere in Schleswig-Holstein aus den Ställen geholt werden können. Der Hilferuf hat uns heute erreicht. Auch in Schleswig-Holstein sind die Bauern nervös und in Sorge, ob sie ihre Tiere geschlachtet bekommen. Dort wird man an dem Thema Arbeitsquarantäne nicht vorbeikommen.

Zu den Themen „Sonn- und Feiertagsarbeit“ und „Ferkelreduktion“.

Durch die Corona-Pandemie und den Ausbruch der ASP in den Wildschweinebeständen hat sich in den niedersächsischen Schweinemastbetrieben derzeit ein Überhang von 30 000 bis 40 000 Schlachtschweinen aufgebaut. Das ist eine immense Herausforderung für den Tierschutz, da der Platz in den Ställen knapp wird.

Das zeigt sich auch in der Ferkelerzeugung. Dort bilden sich durch die geringen Ausstallungsmöglichkeiten der Endmast Schweineüberhänge, da die Mäster Ferkel nicht abholen, nicht aufnehmen oder aufstallen können.

Leider ist eine kurzfristige Kapazitätsausweitung von Schweineschlachtungen in niedersächsischen Schlachthöfen sehr begrenzt. Das liegt an immissionsschutzrechtlichen Anforderungen und

offenbar begrenzten Möglichkeiten, kurzfristig zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen.

Aus Tierschutzgründen ist es wichtig, alle Möglichkeiten zu prüfen und dabei zu helfen, den Druck in den Ställen etwas abzubauen. Daher hat mein Haus das Gesundheitsministerium gebeten, auf Antrag der Unternehmen vorübergehende Ausnahmen von dem im Arbeitszeitgesetz begründeten Schlachtverbot an Sonn- und Feiertagen zu ermöglichen.

Fest steht, dass der Infektionsschutz weiterhin oberste Priorität hat. Natürlich darf die maximal zulässige Arbeitszeit je Beschäftigtem nicht überschritten werden.

Vor allem auch die Erzeugerseite muss ihren Beitrag leisten. Ich appelliere weiterhin eindringlich an die Tierhalterinnen und Tierhalter, mit Weitblick zu handeln. Die derzeitige Lage stellt uns alle vor Herausforderungen.

Passen Sie Ihre jeweilige Betriebsweise vorsorglich an! Richten Sie Ihre Betriebe verantwortungsbewusst so aus, dass es auch bei weniger Schlachtkapazitäten nicht zu Tierschutzverstößen kommt!

Die Schweinehalterinnen und Schweinehalter müssen jetzt sofort ihre Produktion auf den vermutlich länger anhaltenden Engpass bei der Schlachtung, Zerlegung und Vermarktung anpassen. Es ist jetzt die Zeit, die Ferkelerzeugung und die Einstellung der Ferkel zu drosseln; denn auch in vier Monaten wird es noch pandemiebedingte Einschränkungen geben.

Wir alle haben im Frühjahr nicht geglaubt, dass uns die Pandemie so lange im Griff hält. Die Schweine, die jetzt auf den Weg zum Schlachthof warten, sind vor Corona erzeugt worden. Die Sauen sind in den Zeiten vor Corona besamt worden. Die Ferkelaufzucht und die Mast - das sind die Schweine, die am Anfang der Corona-Zeit erzeugt worden sind. Diese Tiere haben wir jetzt im Stall. Um die geht es. Das möchte ich ausdrücklich noch einmal sagen. Genau diese Schweine hätten wir auch gebraucht, wäre im Sommer alles wieder gut gewesen. Aber das ist es nicht. Niemand, der hier sitzt, konnte sich vorstellen, dass wir keine Fußballspiele mehr haben. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: Der Verzerr von Currywurst, von Bratwurst, von Leberkäse wäre jetzt enorm angezogen. Sommer, Erntefeste, Schützenfeste, Fuß-

ballstadien, Tausende von Menschen, Weihnachtsmärkte am Ende des Jahres: Dorthin wäre das Schweinefleisch gegangen, hätte es diese Pandemie nicht gegeben.

Den Landwirten jetzt Vorwürfe zu machen, dass sie mit den Tieren in ihren Ställen genau für dieses Fleisch gesorgt haben, ist, glaube ich, nicht gerechtfertigt

In der Hoffnung auf eine baldige Normalisierung wurde es zum Teil unterlassen, die Produktion herunterzufahren. Das heißt, die Besamung von Sauen und die Einstellung von Mastferkeln laufen nahezu unverändert weiter. Allein im September sind 400 000 Mastferkel aus Dänemark und den Niederlanden nach Niedersachsen verbracht und eingestallt worden.

Ich setze meine Hoffnung in die Wirtschaft, verantwortungsbewusst die Weichen zu stellen, um die tierschutzgerechte Haltung von Schweinen auch in Zeiten der Pandemie sicherzustellen.

Ich versichere Ihnen, dass ich alles daransetzen werde, Nottötungen von einzelnen Schweinen, die nicht mehr tierschutzgerecht gehalten und aufgrund der Kapazitätsengpässe nicht geschlachtet werden können, zu verhindern.

Ich gehe davon aus, dass sich bereits mit der nächsten Viehzählung Anfang November zeigen wird, dass die Schweinehalter auf den aktuellen Kapazitätsengpass reagiert haben. Uns liegen die Zahlen aus dem Wirtschaftsjahr 2019/2020 vor. Das Wirtschaftsjahr ist am 30. Juni abgeschlossen. Wir haben 160 000 weniger Schweine in den Ställen in Niedersachsen, davon allein 20 000 Sauen. Auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr sind die Tierzahlen nach unten gegangen. Das wird so weitergehen.

Präsident **Dr. Pulz** (NLGA): Am Wochenende hat es vor Ort ein intensives Ringen gegeben. Es ist eine Lösung gefunden worden, die die Arbeitsquarantäne zur Grundlage legt, damit weitergearbeitet werden kann. Das bedeutet, dass Personen, die als „negativ“ getestet wurden, unter sicheren Bedingungen von ihren - getrennten - Wohnbereichen, im Sinne eines Shuttles, zum Arbeitsplatz gebracht werden.

Ganz wichtig ist, diese Entscheidung wurde getroffen, weil dann weitergearbeitet werden kann. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre und der Betrieb hätte geschlossen werden müssen oder geschlossen worden wäre, hätten die Werksarbei-

tenden ohne Geld dagestanden. Das wollte man unbedingt vermeiden.

Wichtig ist auch noch zu sagen, dass die Arbeitenden, die unter diesen Bedingungen arbeiten, und auch ihre Familien durch den Betrieb versorgt werden; sie müssen nicht Hunger leiden.

Das war der Versuch, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Weiterarbeiten ermöglichen, die aber auch Sicherheit für die schaffen, die jetzt dort tätig sind.

Aussprache

Abg. **Miriam Staudte** (GRÜNE): Mir ist nicht deutlich geworden, wann das Ampelsystem auf Rot gestellt wird. Für mich hört sich „Ampelsystem“ so an: Bei Grün läuft der Betrieb weiter, bei Gelb gibt es Einschränkungen. Und bei Rot? Wird bei Rot weitergearbeitet oder dann nicht mehr? Was sind die Grenzen? Bedeutet das Ampelsystem, dass die Voraussetzungen - Einbau von Filtern, tägliche Untersuchungen usw. - ab einer bestimmten Infektionszahl vorgehalten werden müssen? Können Sie uns das noch einmal erläutern?

Zu den Arbeitnehmern in den Schlachthöfen. Es ist schön, dass sie keinen Hunger leiden müssen. Ich glaube aber, dass es darüber hinaus noch um etliche weitere Fragen geht.

Kann man wirklich grundsätzlich sagen, weil es bei den Saisonarbeitskräften geklappt hat, können wir das jetzt bei den Mitarbeitenden in Schlachthöfen auch so machen? Natürlich besteht ein Unterschied. Wie der Name schon sagt, machen es die Saisonarbeitskräfte für einen überschaubaren Zeitraum. Unter den Mitarbeitenden in den Schlachthöfen gibt es ganz viele, die dort durchgängig tätig sind.

Wie lange soll denn maximal eine Arbeits- bzw. Freizeitquarantäne gelten? Sind juristische Gutachten eingeholt worden, wie das verfassungsrechtlich zu beurteilen ist? Menschen, die gesund sind, die arbeiten können, dürfen sich aber prophylaktisch nicht mehr aus ihrem Wohnbereich bewegen, nicht einkaufen gehen usw. Das sind erhebliche Einschränkungen. Gibt es irgendwelche Regularien, dass das immer für einen begrenzten Zeitraum so vorgesehen ist?

Hatten die Menschen, die unter den Bedingungen arbeiten, eine Wahlmöglichkeit? Oder ist ihnen vielleicht mit Jobverlust gedroht worden? Gibt es eine Art Gefahrenzulage? In jedem anderen Bereich würde man das marktwirtschaftlich regeln: Wer sich freiwillig meldet, bekommt mehr Geld.

Angesichts der Zahlen, die genannt werden, hatte ich nicht den Eindruck, dass dort alle weiterarbeiten. Was ist mit denen, die nicht arbeiten? Läuft deren Miete weiter? Es gibt bekanntlich keine Lohnfortzahlungen. Wie sind diese Menschen eigentlich versorgt? Wer vertritt in diesen Verhandlungen bzw. bei den Beratungen, wie man so eine Arbeitsquarantäne durchführen möchte oder sollte, die Interessen der Arbeitnehmer? Mit wem sitzt die Landesregierung am Tisch?

Zum Thema „Ferkelreduktion“. Frau Otte-Kinast, Sie *appellieren*, wie Sie es im Plenum bereits gesagt haben. Ich denke, dass Betriebe nicht freiwillig reduzieren können, sondern dass man einen geordneten solidarischen Abbau von Bestandszahlen braucht, weil Betriebe betriebswirtschaftlich rechnen müssen. Wenn gesagt wird, dass die Zahlen zurückgehen, dann vermute ich, dass das auf Betriebsschließungen zurückgehen, die wir aber nicht wollen.

Wie wollen Sie bewerkstelligen, dass es wirklich zu einem Stopp bzw. einer Reduktion, angefangen bei der Besamung, in der Ferkelproduktion kommt? Es sind Gespräche mit Frau Heinen-Esser und mit Herrn Albrecht geplant. Ist die Landesregierung offen für ein koordiniertes Vorgehen?

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Das zeigt das große Interesse an dem Thema. Ich finde es logisch, dass Fragen aufkommen.

Ich beginne mit der Frage nach dem Ampelsystem und der Frage, wann das greift. Jeder, der sich im Straßenverkehr bewegt, weiß, dass eine rote Ampel Stopp bedeutet. Für mich ist ganz klar: Wenn die Ampel auf Rot steht, dann steht auch der Betrieb.

Das wird in der Arbeitsgruppe erarbeitet werden. Die Arbeitsgruppe ist am Freitag namentlich einberufen worden. Sie tagt in dieser Woche das erste Mal. Bei welchen Punkten, bei welchen Aspekten, die dort alle zusammen gedacht werden müssen, man von Grün auf Gelb auf Rot geht, überlasse ich in dieser Woche und in den nächsten zwei Wochen dieser Arbeitsgruppe, die - finde

ich - gut besetzt ist. Ich würde die Anregung hinsichtlich der Arbeitnehmervertretung an die Arbeitsgruppe geben. In ihr sitzt für das ML Herr Dr. Schroers. In Sögel gibt es, soweit ich weiß, den Sögeler Weg mit Ansprechpartnern für die dort tätigen Werksvertragsarbeitnehmer. Sie werden Ansprechpartner haben, und diese sollte man in dieser Arbeitsgruppe bei dem einen oder anderen Treffen integrieren, um die Seite der Arbeitnehmerschaft mit aufzunehmen. Das wäre meine Anregung an die Arbeitsgruppe - das MS ist ja auch heute vertreten, und meine Leute sitzen ohnehin hier -, damit man dort genau diese Dinge bespricht.

Werden die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehört? An dieser Stelle müssen wir ganz ehrlich zugeben, dass ein System, das sich über Jahre entwickelt hat, nicht von heute auf morgen quasi per Hebel von rechts nach links gedreht werden kann. Damit meine ich die vielen Sub-Sub-Sub-Unternehmen. Wir wissen seit Mai von der Branche der Schlachtindustrie - so muss ich das bezeichnen -, dass die Betriebe auf feste Arbeitnehmer, auf Festverträge umstellen wollen. Das ist aber nicht von heute auf morgen zu machen. Auch bei den Menschen, die aus Polen, aus Bulgarien und aus Rumänien kommen, muss die Bereitschaft dafür vorhanden sein. Das sind oft Arbeitnehmer - ich habe selber vor Ort mit ihnen gesprochen -, die in drei, vier Monaten richtig viel Geld verdienen wollen, die dann wieder in ihre Heimat fahren und dort zum Teil Familienhäuser bauen, die in dieser kurzen Zeit viel Geld verdienen wollen, um zu Hause ihren Familien etwas aufzubauen.

Für mich ist das durchaus vergleichbar mit den Saisonarbeitskräften, die drei Monate hier sind und danach in ihrer Heimat weiter versuchen, Geld zu verdienen.

Das Thema wird uns noch lange Zeit beschäftigen. Wenn wir das System ändern wollen, dann braucht es uns alle, auch Sie alle als verantwortliche Politikerinnen und Politiker. Das Thema wird uns begleiten. Da muss sich etwas ändern. Wir haben uns bereits im Plenum dazu ausgetauscht. Das geht aber nicht von heute auf morgen. Wir werden bis Weihnachten diese hohen Tierzahlen in den Ställen haben. Die Tiere werden wir bis Weihnachten schlachten müssen, und dazu brauchen wir jeden Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin, die wir hier haben.

Zur Gefahrenzulage. Hier sehe ich auch die Wirtschaft, die Betriebsinhaber der Schlachthöfe in der Pflicht, die ihre Leute bei Laune halten wollen, die wollen, dass die Leute weiter bei ihnen arbeiten und nicht in ihre Heimatländer zurückreisen. Viele haben Angst. Es wird jeden Tag Fieber gemessen. Viele fahren auch so schon nach Hause, weil sie Angst haben, dass sie bei erhöhter Temperatur nicht weiterarbeiten dürfen. Nicht weiterarbeiten heißt in deren Situation, kein Geld zu verdienen. Es gibt auch Mitarbeiter, die wegbleiben, die vor Wochen in ihre Heimat zurückgereist sind und nicht wiederkommen. Das macht es so schwierig, die Schlachtzahlen weiter aufrechtzuerhalten, auch Sonn- und Feiertage hinzuzunehmen. Den Betrieben fehlen die Arbeiter. Wir, in Deutschland, können die Arbeitnehmer nicht vorhalten, weil bei uns viele Menschen diese Arbeit gar nicht machen wollen.

Darüber müssen wir offen reden. Ich sehe die Branche in der Pflicht. Ich weiß nicht, ob „Gefahrenzulage“ das richtige Wort ist. Ich denke in diesem Zusammenhang etwa auch an Pflegekräfte. Für mich ist dieses Thema so wichtig. Wir brauchen einen Plan. Wir brauchen einen Managementplan für den Fall eines Corona-Ausbruchs. Wir brauchen diese Ampel.

Was ist mit Molkereien? Wenn dort ganz viele Arbeitende positiv getestet werden und eine Molkelei dicht machen muss, wird dann die Milch nicht mehr abgeholt? Diese Fragen treiben mich um. Deswegen müssen wir als Teil der Landesregierung - gerade das MS, das ML und das MU, bei dem die Gewerbeaufsicht liegt - eng zusammenarbeiten. Wir müssen uns auf den Fall X vorbereiten. Deswegen ist die Arbeitsgruppe so wichtig. Wir sollten sie jetzt arbeiten lassen. Wir nehmen gerne die Anregungen aus diesem Ausschuss auf, der ja in der Beratung sehr gute Ideen hat und sehr kreativ ist.

Zu Ferkelreduzierung. Sie sprachen über einen geordneten solidarischen Ablauf. Natürlich habe ich das auch gegenüber der ISN angesprochen. Wir haben die Branche und auch das Landvolk mit am Tisch sitzen.

Natürlich habe ich gefragt: Wie ist es denn mit einem Krisenkartell? Können nicht alle Landwirte solidarisch, alle gemeinsam, 10 % weniger ihrer Sauen besamen. Sie wissen, wie das in der Landwirtschaft ist. Suchen Sie dort mal die Solidarität.

Wenn ich in einer Versammlung sitze und den links von mir sitzenden Ferkelerzeuger frage, woher er seine Ferkel bekommt, ist die Antwort: aus Dänemark. Der Ferkelerzeuger rechts von mir bekommt seine Ferkel aus Dresden. Da sitze ich als niedersächsische Ministerin dazwischen.

Ich weiß, dass es ein bisschen in die Richtung geht: Sollten wir, wie die Niederlande, Geld auf den Tisch legen, damit die Sauenhalter die Möglichkeit haben, auszusteigen. Sollten wir die Sauenhalter quasi rauskaufen. Auch das habe ich in der Fläche diskutiert, auch mit Landwirten und dem Landvolk.

Gefühlt will das niemand. Viele sagen, dass sie eine eigenbetriebliche Entscheidung treffen. Viele können nicht aufhören, weil die Ställe finanziert sind. Es geht auch um Förderprogramme. Sie müssen Schweine mästen, weil der Stall den Bedingungen eines Förderprogramms unterliegt.

Das ist alles nicht so einfach, wie man das gerne hätte. Darüber werden wir reden müssen. Ich bin an der Seite derjenigen, die sagen, dass sie keinen vergoldeten Ausstieg haben möchten. Es gibt viele Betriebe, die sowieso aufgehört hätten, spätestens in fünf Jahren mit Blick auf den Kastenstandumbau. Das höre ich bereits seit zwei Jahren. Das sind kleine und mittlere Familienbetriebe, die sagen, dass sie es nicht mehr finanzieren können, dass sie den Umbau nicht leisten können. Viele sagen mir seit zwei Wochen, seit die ASP Deutschland erreicht hat: Jetzt ist Schluss, ich halte es nervlich nicht mehr aus, das schafft meine Familie nicht mehr. Wir steigen nicht erst in fünf Jahren aus, sondern jetzt schon.

Was das bedeutet, wissen wir alle, die wir hier sitzen. Wir geben einen Teil unserer landwirtschaftlichen Produktion ins Ausland ab. Wenn wir die Ferkelerzeugung nicht mehr hier haben, wird sie woanders, in anderen Ländern Europas, stattfinden. Ob wir das als Niedersachsen wollen, können wir an dieser Stelle offen ansprechen.

Präsident **Dr. Pulz** (NLGA): Ich möchte ergänzen. Alle Maßnahmen, die der Eingrenzung des Infektionsgeschehens dienen, sind durch das Infektionsschutzgesetz gedeckt. Dazu gehört auch die Arbeitsquarantäne.

Abg. **Karin Logemann** (SPD): Wir sehen die ganze Dramatik der Situation, gerade auch auf den Schlachthöfen. Corona hält uns hier den immer wieder bemühten Spiegel in aller Unbarm-

herzigkeit, aber auch in aller Deutlichkeit vor, die wichtig ist, sodass endlich wahrgenommen wird, dass es zu Veränderungen kommen muss.

Ich begrüße außerordentlich das Ampelsystem, den Managementplan, den Leitfaden; wie auch immer man das nennen will, ist an der Stelle vollkommen unwichtig. Aber wir brauchen auf jeden Fall einen fest verabredeten Plan unter dem rechtlich einwandfrei gehandelt werden muss. Das ist wichtig. Und deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass Sie das angeregt haben, dass Sie das umsetzen, dass es diese Arbeitsgruppe gibt.

Ich habe dazu konkret die Frage, ob auch das RKI an der Arbeitsgruppe beteiligt wird.

Zum Thema „Arbeitsquarantäne“. In dem Moment, in dem solche Dinge geschehen, haben wir es sofort mit einer Vielzahl von Gerüchten und mit einer Vielzahl von Spekulationen zu tun. Ich würde gern an dieser Stelle die Möglichkeit geben, mit dem einen oder anderen aufzuräumen. Ich werde immer wieder gefragt, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt dort versorgt werden - die Ministerin hat es dargestellt, die Unternehmen versorgen im Moment die Menschen in Arbeitsquarantäne -, zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Das wird immer wieder gefragt. Vielleicht nehmen Sie hier die Möglichkeit wahr, Spekulationen in diesem Zusammenhang auszuräumen, wenn man sie denn ausräumen kann.

Auch die Frage der Kontrolle wird immer wieder gestellt. Dass alle erst einmal mit guten Vorsätzen bei der Sache sind, ist vollkommen klar. Ich werde immer wieder gefragt, wie das kontrolliert wird. Bekommen die Menschen das, was sie wollen, wenn sie nicht einkaufen gehen dürfen?

Das Wohl dieser Menschen, die dafür sorgen, dass wir Schnitzel auf den Teller bekommen, liegt vielen sehr am Herzen. Wir müssen großen Wert darauf legen und aufpassen, wie mit diesen Menschen umgegangen wird. Denn wir wissen aus der Vergangenheit, dass es leider nicht immer so ist, wie es dargestellt wird.

Dass das ein gutes und wertvolles Instrument ist, habe ich schon gesagt. Es kann aber nur ein Baustein in einem ganzen Strauß von Maßnahmen sein, die wir ergreifen müssen, um der Situation Herr zu werden. Wir haben es mit zwei Krisen zu tun, zum einen corona-bedingt und zum anderen bedingt durch den Ausbruch der ASP,

wodurch unsere Schweinehalter und -halterinnen vor große Herausforderungen gestellt werden. Wir müssen noch viel, viel mehr tun.

Was den Import von Ferkeln aus Dänemark und aus den Niederlanden angeht - die Ministerin hatte das in ihrer Rede im Plenum angesprochen: Ist es zielführend, dass die Ferkel in dieser Form ins Land kommen? Ich denke, dass das vertraglich geregelt ist. Von daher wird es sehr schwer, an der Stelle tätig zu werden. Trotzdem gehört das für mich auf den Prüfstand.

Das gesamte System der Konzentration auf zentrale Schlachteinheiten zeigt hier seine Schwachstellen. Wir haben das bereits vielfach im Ausschuss diskutiert. Ich möchte ganz klar den Fokus darauf legen. Wir müssen überlegen, inwiefern es möglich ist, mehr dezentrale Schlachtstätten zu organisieren, welche Voraussetzungen dafür zu erfüllen sind, wie man das rechtlich auf sichere Beine stellen kann. Es geht auch um handwerkliche Betriebe, teilmobile, mobile Schlachtstätten. Das alles sind Themen, die wir bewegen müssen, um den Druck von den großen Schlachtstätten zu nehmen, von denen wir gerade gehört haben, dass an zwei, drei Stätten die gesamte Schlachtung der Ferkel stattfindet. Dort müssen wir noch einmal ganz genau hingucken.

Auch die Reduktion der Ferkelerzeugung wurde angesprochen. Ich glaube schon, dass das Ferkelerzeuger durchaus schon auf freiwilliger Basis machen. Der Kollege Dammann-Tamke hat es im Plenum gesagt: Elf Monate dauert der Zyklus von der Erzeugung bis zur Schlachtung. Hier ist ein Bremsweg erforderlich, wie ihn ein Tanker nicht hat. Da müssen wir genauer hingucken, und wir müssen schauen, was überhaupt realistisch möglich ist und über welche Zeiträume wir reden. Aber vor dem Hintergrund dieser wirklich dramatischen Situation, auch um das Thema Tierschutz - die ersten Landwirte zeigen sich selber an -, müssen wir schauen, welche Maßnahmen zumindest angedacht werden können.

Vors. Abg. **Hermann Gruppe** (FDP): Bei Ihrem Hinweis auf die Ausführungen der Ministerin im Plenum des Landtages musste ich lächeln, weil ich mich eigentlich für diese fulminante Landtagsrede bedanken müsste. Das war sicherlich uns allen aus dem Herzen gesprochen, ohne dass ich jeden Satz bewerten kann.

Im Übrigen möchte ich daran erinnern, dass jetzt eigentlich Fragen an diejenigen gestellt werden sollten, die die Unterrichtung vornehmen.

(Abg. Karin Logemann [SPD]: Ich habe mehrere Fragen gestellt!)

Zunächst hat jetzt das Wort der Kollege Dammann-Tamke. Danach stehe ich selbst auf der Redeliste. Ich werde versuchen, mich am Riemen zu reißen und keine Rede zu halten.

Abg. **Helmut Dammann-Tamke** (CDU): Ich werde mich bemühen, an der einen oder anderen Stelle meiner Ausführungen ein Fragezeichen zu setzen.

Ich gehe davon aus, dass unsere Landesregierung geschlossen die Meinung vertritt, dass die Agrar- und Ernährungswirtschaft in Niedersachsen systemrelevant ist.

Wir alle können uns an die Schließung von Grenzen im gemeinsamen europäischen Raum erinnern. Plötzlich war der große Binnenmarkt nicht mehr da. Spätestens an diesem Punkt war klar, dass die Agrar- und Ernährungswirtschaft systemrelevant ist, um 80 Millionen Verbraucher täglich mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen.

Den Unterrichtungswunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finde ich deshalb gut. Ich habe aber die Frage, wie es die Ministerin wahrnimmt, dass auf der einen Seite die Grünen mit dem Antrag daherkommen, eine Unterrichtung im klassischen Sinne durchzuführen, während auf der anderen Seite ein Fraktionsmitglied, nämlich der Minister a. D., der im Landtag zu dem Thema dieser Unterrichtung gesprochen hat, über seine Tweeds verbreitet, dass die Arbeitsquarantäne auf Druck der CDU-Fraktion entstanden sei - dazu möchte ich die Frau Ministerin fragen, ob Sie Druck vernommen habe -, dass man dann sofort eingeknickt sei, und wie es seitens der Landesregierung wahrgenommen wird, dass durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine solche Unterrichtung hier beantragt wird und dabei vollkommen ausgeblendet wird, dass genau das im Juli unter einem grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg schon alles stattgefunden hat, nämlich die Infektion von Hunderten von Leiharbeitern aus Osteuropa schwerpunktmäßig in Schlachtbetriebe, und dass man dort eine Sonderverordnung auf den Weg gebracht hat, um diese Betriebe, weil sie systemrelevant sind, möglichst am Arbeiten zu halten.

Der Begriff der Arbeitsquarantäne ist in Baden-Württemberg in diesem Zusammenhang im Juli schon auf den Markt gekommen. Hier in Niedersachsen vertreten die Grünen offensichtlich eine ganz andere Position.

Deshalb meine Frage in Richtung der Frau Ministerin und der Landesregierung, wie das wahrgenommen wird.

Wie wird, wenn die *dpa*-Meldungen zutreffend sind, wahrgenommen, dass der grüne Landwirtschafts- und Umweltminister aus Schleswig-Holstein im Hinblick auf die Bereitstellung von Schlachtkapazitäten auf Solidarität pocht, weil er feststellt, dass in Schleswig-Holstein gerade einmal 50 % der dort aufkommenden Mastschweine geschlachtet werden können und man auf die Schlachtkapazitäten in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen angewiesen sei? Geht dieser Agrar- und Umweltminister aus Schleswig-Holstein, der laut *dpa* solche Solidaritätsforderungen in Richtung Niedersachsen kundtut, mit einer anderen Einstellung an die Dinge heran, als das seitens der Fraktion der Grünen, insbesondere des Ministers a. D. Meyer, hier in Niedersachsen propagiert wird?

Mich würde auch interessieren - wobei ich mir vorstellen könnte, dass die Landesregierung dazu keinen Kommentar abgeben will -, wie es seitens der Landesregierung empfunden wird, dass sich nahezu zeitnah der ehemalige Abteilungsleiter 1 des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums, der auf ausdrückliche Intervention von Christian Meyer in diese Position gesetzt wurde - ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es ursprünglich eine Kabinettsvorlage gab, nach der ein anderer Mitarbeiter aus dem ML für diese Position vorgesehen war -, dass sich ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt der grüne Parteifreund, der in der Wahlperiode 2013 bis 2017 Abteilungsleiter 1 war, jetzt als Lobbyist der Schlachtbranche von Herrn Tönnies einkaufen lässt.

Ist das seitens der Landesregierung nachvollziehbar, oder möchte man sich an dieser Stelle einfach besser jeden Kommentares enthalten?

Abg. **Hermann Grupe** (FDP): Sie haben davon gesprochen, Frau Ministerin, dass man in der Tierzucht den Hebel nicht einfach umlegen und die Tiere nicht wie Maschinen abstellen kann, um es mit meinen Worten zu sagen. Wir haben über-

laufende Ställe und müssen sehen, wie wir das Problem in den Griff bekommen.

Sie haben von der Einschränkung der Produktion gesprochen. Sie haben auch davon gesprochen, dass wir 400 000 Ferkel importieren. Sie haben aber auch an die Solidarität appelliert. Frau Staudte sprach bereits davon, dass das vielleicht nicht alles freiwillig geschieht. Deshalb meine Frage, wie Sie das bewerkstelligen wollen.

Wir haben bei der Ferkelerzeugung nur noch einen Selbstversorgungsgrad von 70 %. Die Themen „Kastration“ und „Kastenstände“ usw. haben uns bewegt. Die Nichtentscheidung hat viele Erzeuger zum Aufgeben bewegt.

Sie haben davon gesprochen, dass Ihnen viele Erzeuger bereits gesagt haben, dass es ihnen reicht und dass sie aufgeben. Wenn das so ist, gehen wir in Richtung 50 %. Ist das das politische Ziel?

Wenn, wie Frau Staudte sagt - und das ist auch meine Frage -, das alles vielleicht nicht freiwillig funktioniert, dann kann man außer der Schließung von Betrieben die Bestände reduzieren und eine Schlachtpremie zahlen.

Vor allem könnte man aber, wenn Sie sagen, es sollten weniger Sauen belegt werden, um weniger Ferkel zu produzieren, dafür eine Prämie zahlen.

Man kann von den Sauenhaltern, die sowieso schon gebeutelt sind, schlecht verlangen - oder ist das Ihre Intention? -, dass sie ihren Sauen auf ihre eigenen Kosten das Gnadenbrot geben.

Ist die Politik nicht gefordert, klipp und klar zu sagen: „Wir bieten den Erzeugern dieses oder jenes System an, um zu sichern, dass soundso viel Ferkel weniger produziert werden, um die Betriebe nicht allein zu lassen“?

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Ich beginne mit den Fragen von Frau Logemann.

Zunächst zur Frage der Versorgung der Mitarbeiter, die jetzt in Quarantäne sind, zu der Frage, ob diese Mitarbeiter zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

Die Frage kann ich so en détail nicht beantworten. Von einzelnen Betrieben habe ich mitbekommen, dass sie alles dafür tun, diese Menschen bestens zu versorgen; denn sie haben zu wenige Mitarbeiter, und alle, die sie noch haben,

wollen sie behalten. Die Menschen leben nicht bei Wasser und Brot, sondern es wird das gekauft, was die Menschen wollen; z. B. auch Zigaretten. Da geht es nicht nur um das tägliche Paket Nudeln oder Gemüse, was man braucht, sondern da werden wirklich Einkaufszettel abgearbeitet.

Ähnliches habe ich im Frühjahr auf den Spargelhöfen erlebt. Dort wurden Verträge mit Supermärkten vor Ort geschlossen. Es gab fahrende Supermärkte, bei denen sich die Menschen holen konnten, was sie brauchten; auch Kosmetikartikel usw. Es geht hier nicht nur um Essen und Trinken.

Ich setze auf die Branche und auf die Betriebe, dass sie für ihre Mitarbeiter alles tun.

Ich weiß von Spargelbetrieben, dass eine warme Mahlzeit immer von den Betrieben bezahlt wird. Die Menschen wurden nicht zur Kasse gebeten. Wie das derzeit in Sögel ist, kann ich nicht sagen. Das werde ich aber erfragen.

Was die Frage zu den Ferkeln aus Dänemark angeht, sind wir bei dem Thema: Wie stark soll Politik in Märkte eingreifen.

Die Betriebe wirtschaften am Markt, egal ob es landwirtschaftliche Betriebe sind, Molkereien oder Schlachthöfe. Sie haben sich dem freien Markt ausgesetzt. Die landwirtschaftlichen Betriebe haben Verträge mit Dänemark und auch mit den Niederlanden. Im Fall der Grafschaft Bentheim sind niederländische Sauenhalter viel dichter dran als Sauenhalter aus anderen Landkreisen in Niedersachsen; dort werden die Ferkel nur 8 km über die Grenze gebracht.

Da eingreifen? Dazu fehlt mir die Phantasie. Die Phantasie fehlt mir auch, wenn es um die Frage geht, welche Schweine zuerst geschlachtet werden sollen. Wenn es einen Hilferuf aus Schleswig-Holstein, von dem Kollegen Albrecht, gibt: Was soll ich ihm antworten? Soll ich ihm sagen, dass zuerst die niedersächsischen Schweine aus dem Stall müssen und erst dann die anderen an der Reihe sind? Stand heute: 30 000 Schweine in Schleswig-Holstein, für die Herr Albrecht eine Lösung braucht. Jetzt muss man abwägen, wie man es macht. Holt man aus jedem Stall die stärksten Tiere heraus, damit die einzelnen Schweinebuchten entlastet werden? Da ist in meinen Augen das Landvolk gefragt. Ich kämpfe für einen Berufsstand, der auch eine berufsständische Vertretung hat. Ich erwarte von der Vertretung der Landwirte,

dass genau diese Fragen geklärt werden, dass Schlachthöfe gesucht werden.

Wenn man hört, dass in Dänemark ein Schlachthof neu gebaut hat, angebaut hat, 350 Mitarbeiter sucht, dann klingeln doch die Ohren, und man denkt, da müssen doch Schlachtkapazitäten bestehen. Vielleicht können 10 000 Schweine aus Niedersachsen zu diesem Schlachthof.

All diese Dinge treiben mich um. Aber ist es meine Aufgabe, dort einzugreifen? Ich finde schon, dass dort vieles von der Basis kommen muss. Es gibt eine berufsständische Vertretung. Es müssen alle arbeiten, und vor allen Dingen müssen alle zusammenarbeiten.

Zu den zentralen Schlachteinheiten. Diejenigen, die mich das Jahr über verfolgt haben, wissen, dass ich das Thema von allen Seiten betrachtet habe. Ich stelle natürlich fest, dass es schwierig ist, z. B. einen Hähnchenstall zu bauen. Es ist schwierig, ein Tierwohl-Schweinestall zu bauen. Man hat sofort eine Bürgerinitiative gegen sich, egal wie groß der Stall ist, egal wie viele Tiere in diesem Stall sind.

Landwirte wollen zum Wohle der Tiere in einer Gemeinde einen neuen Stall bauen: Bürgerinitiative.

Was glauben Sie, was los wäre, wenn wir in Landkreisen Schlachthöfe bauen wollten? Das ist illusorisch.

Ich habe Landschlachtereien, kleine Handwerksbetriebe, im Rahmen der Sommertour besucht. Ich war in ganz vielen Gegenden. Ich hatte gestern erst wieder zwei Vertreter im Ministerium. Es ist doch jetzt an uns allen, zu gucken, wie man diese kleineren Betriebe am Leben hält? Was brauchen gerade die kleineren Betriebe, die vielleicht 100 Schweine und zwei Rinder die Woche und möglicherweise noch einige Schafe und Ziegen schlachten? Wo können wir sie entlasten? Geht es dort um Bürokratie? Geht es um Kontrollen? Wo können wir dort etwas machen, damit die kleinen Betriebe weitermachen, dass die Söhne weitermachen? Ich habe junge Leute kennengelernt, die Schlachter gelernt haben und die diesen Beruf ausüben wollen. Wie können wir sie unterstützen, damit sie am Ball bleiben. Das ist doch gefragt. Nicht, dass wir auch noch sie verlieren.

Eine große Anzahl an dezentralen Schlachthöfen sehe ich nicht. Wir bewerben das. Mit der Modellregion nachhaltige Nutztierhaltung versuchen wir,

etwas zu etablieren. Dort, wo die Schweine gehalten werden, soll auch geschlachtet und verarbeitet werden.

Wir versuchen das, was möglich ist.

Zur Weideschlachtung. Dazu hatte ich gestern Vertreter eines Betriebes im Haus, bei dem es um Rinderschlachtung ging. Wir sind uns auf Bundesländer-Ebene und auf der Agrarministerkonferenz einig, dass wir beim Thema Tiertransporte ein bisschen Entlastung schaffen müssen, dass viel mehr vor Ort geschlachtet werden soll. Das müssen wir auch dürfen. Aber da ist EU-Recht zu beachten.

Wir sind an all diesen zentralen Themen dran. Ich sehe keine dezentralen Schlachteinheiten. Mir fehlt die Phantasie, wie wir das bewerben sollen, wie wir das hinbekommen sollen.

Wir haben kleinere Schlachthöfe, auch hier in Region Hannover - Gleidingen ist für mich ein kleiner Schlachthof. Auch die haben irgendwann die Nase voll. Wenn ein Transporter ankommt, und 20 Tierschützer den LKW nicht auf das Gelände lassen: Welcher Betriebsinhaber will sich dem aussetzen? Leider ist das Image unserer Schlachtbetriebe kein gutes. Jeder will ein Ferkel streicheln, und jeder will eine Currywurst auf dem Teller haben, aber genau das dazwischen - Tiertransporte, Schlachthöfe - blenden viele aus.

Deswegen ist es mir wichtig, mit allen zu reden, mit Betrieben, mit Landwirten, aber auch mit Verbraucherinnen und Verbrauchern. Wenn man das eine will, dann muss man das andere zulassen, sonst kommen wir nicht weiter.

Herr Dammann-Tamke, natürlich brauchte ich keinen Druck aus der CDU-Fraktion. Von der CDU-Fraktion habe ich am Wochenende gar nicht so sehr viel gehört. Wie sicherlich jeder gemerkt hat, ist das Thema ein emotionales, und der Druck sind die Schweine im Stall. Das hat mich wirklich - zusammen mit Ministerin Reimann - bewegt. Ich hatte am Samstag und Sonntag-nachmittag Telefonkontakt. Frau Reimann hat vor Ort mit dem Landrat gesprochen. Natürlich hat er mit 22 Tagen Schließung eine rote Karte gezeigt, damit Bewegung in dieses Thema kommt, damit sich der Betreiber bewegt. Vor Ort haben ganz viele Gespräche stattgefunden, damit vor Ort wieder die Arbeit aufgenommen werden kann.

Baden-Württemberg ist ein gutes Beispiel. Mir ist es eigentlich egal, welcher Ministerpräsident, wel-

cher politischen Couleur, welche Entscheidung trifft. Ich bin die für die Landwirte in Niedersachsen zuständige Ministerin. Und die haben ein Problem.

Deswegen gucken wir in andere Länder. Wie macht es z. B. der Kollege Peter Hauck. Er hat einen grünen Ministerpräsidenten. Was ist da passiert? Wie geht es da? So machen wir das alle. Wir suchen nach Lösungen.

Der Kollege aus Schleswig-Holstein hat sich an uns gewandt, weil es für die Landwirte aus seinem Bundesland kaum noch Schlachthöfe gibt. Sie lassen in Rheda-Wiedenbrück schlachten. Es gibt Bundesländer wie z. B. Mecklenburg-Vorpommern, die gar keine Schlachthöfe haben. Die lassen in Weißenfels, in Brandenburg, schlachten. Die Schweine werden von Mecklenburg-Vorpommern nach Brandenburg gefahren. Nicht einmal in allen Bundesländern gibt es Schlachthöfe. Das sind weite Wege zu einem zentralen Schlachthof.

Wir befinden uns immer in der gleichen Debatte von „Bullerbü und Tierfabrik“. Ich glaube, wir alle müssen für uns einen Mittelweg finden. Dazu braucht es diesen Ausschuss, und es braucht die Diskussion. Ich brauche auch Ihre Hilfe. Ich bin froh über jede Idee, die heute kommt, damit wir dieses Thema in den Griff kriegen. Wir müssen das gemeinsam in den Griff bekommen.

Vielleicht bekommt es die Firma Tönnies mit einem neuen Mitarbeiter hin, dass sie über ihre Mitarbeiterschaft anders nachdenkt, dass sie die gesellschaftliche Debatte darüber wahrnimmt, wie man mit den Mitarbeitern umgeht, dass sie darüber nachdenkt, wie ein Schlachtbetrieb wieder in der Mitte der Gesellschaft landet. Nicht nur Landwirte wollen wieder dorthin, wo sie hingehören, auch das Image der Schlachter und Fleischer verdient es, wieder besser zu werden; denn sie sorgen für unser Essen.

Abg. **Helmut Dammann-Tamke** (CDU): Ich fragte nach der Personalie des ehemaligen Abteilungsleiters 1, der jetzt bei Tönnies arbeitet. Ich glaube, dazu wird die Landesregierung keine Antwort geben.

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Ich habe gerade gesagt, dass die Firma Tönnies mit der Hilfe des ehemaligen Mitarbeiters aus meinem Haus vielleicht einen anderen, einen guten Weg einschlagen wird. Der Mitarbeiter ist gut vernetzt. Jeder

Mitarbeiter muss wissen, wo er in Zukunft arbeiten möchte. Das vielleicht an dieser Stelle.

Herr Grupe, Hebel umlegen, Ferkelimport, 70 % Selbstversorgung, eine Schlachtpremie zahlen. Was ist unser politisches Ziel?

Natürlich bewegt mich das. Natürlich habe ich seit Jahren die Niederländer vor Augen, die genau das schon im Rindviehbereich gemacht haben. Die niederländischen Kuhbauern haben dann in Deutschland Betriebe aufgekauft, meistens in den ostdeutschen Bundesländern. Niederländische Sauenhalter haben komplett in den Niederlanden aufgehört und mit dem Geld aus den Prämien bei uns Betriebe aufgekauft bzw. an anderer Stelle in Europa weitergemacht. Solche Prämien sind sehr umstritten.

Natürlich habe ich in den letzten Tagen oft über die 300 Millionen Euro nachgedacht, die Frau Klöckner für den Umbau der Sauenhaltung auf den Weg bringen will, die aber unsere Betriebe wahrscheinlich gar nicht erreichen werden, weil keiner der Betriebe - zumindest in Niedersachsen nicht - bis Mai 2021 eine Baugenehmigung vorweisen kann, um an dieses Geld zu kommen. Von daher habe ich darüber nachgedacht, ob man dieses Geld - gerade jetzt in dieser harten Zeit - nicht besser dafür einsetzen sollte, um unseren Betrieben zu helfen.

Ich habe diese Frage offen in den Raum gestellt, auch in den Veranstaltungen des Berufstandes, auf denen ich die letzten Tage war. Alle haben das abgelehnt. Das Landvolk ist bei mir im Haus gewesen, und auch ISN hat es abgelehnt. Die Schweine haltenden Betriebe sind organisiert. Wir werden das Thema weiter ansprechen müssen. Wir müssen uns etwas überlegen, da wir die Betriebe nicht alleine lassen können. Ich wüsste aber nicht, wie ich diesen Betrieben finanziell unter der Arme greifen soll. Ich freue mich schon auf die Debatte zum Haushalt, die wir gleich führen werden.

Es ist schwierig. Natürlich ist es nicht mein politisches Ziel, solche Betriebe hier in Niedersachsen abzuschaffen. Die Betriebe, die wir haben, machen einen guten Job. Die Sauenhalter - das sind Familienbetriebe - sind Tag und Nacht - mit Alenteiler und Azubis - bei der ferkelnden Sau. Die wollen wir doch behalten. Das ist doch das, was wir alle uns hier wünschen. Gerade denen geht es jetzt richtig schlecht. Deswegen müssen wir überlegen, wie wir ihnen helfen können. Wir müs-

sen erst einmal zusehen, dass wir die Schlachtkapazitäten unter Einhaltung der Hygienebedingungen und des Infektionsschutzes für die Mitarbeiter nach oben ziehen. Dann wird es schon mal eine Entlastung geben. Darüber, wie es weitergehen wird, auch bei drohender ASP, mache ich mir Sorgen. Ich habe keinen Königsweg und nicht *die* Lösung.

Abg. **Hermann Grupe** (FDP): Ich hatte nach der Nichtbesamung gefragt. Sie hatten gesagt, dass man eine Pause machen sollte. Ist dafür eine Prämie angedacht? Sollen die das auf eigene Kosten machen? Oder sagt die Politik, dass sie volles Rohr so weitermachen sollen.

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Ich habe das als Vorschlag in einer kleinen Gruppe bei mir im Ministerium, im Beisein von Landvolk und der Vertretung der Schweine haltenden Betriebe, nämlich ISN, zur Diskussion in den Raum gestellt. Jeder Betrieb, auch außerhalb der Landwirtschaft, muss für sich überlegen, wie er durch diese Corona-Zeiten kommt. Wir werden europaweit und wahrscheinlich auch weltweit eine Insolvenzwellen erleben. Diese Pandemie ist ein Schlag ins Kontor für alle Betriebe, eben auch für die landwirtschaftlichen Betriebe. Absatzmärkte sind weggebrochen. Feriengäste kommen nicht mehr. Was dort passiert, erleben auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Dazu, wie wir jedem einzelnen helfen können, fehlt mir die Phantasie, und mir fehlt das Geld.

Ich habe das Geld nicht. Ich habe das Zeichen aus dem Berufsstand bekommen: Wir wollen dafür kein Geld. - Einige sagen, dass sie nicht mehr weitermachen. Ich sage allen: Wir können nicht weitermachen wie vor dieser Pandemie, nichts wird nachher mehr so sein wie vorher. Das wird noch ein Jahr so weitergehen. - Das muss jeder Betrieb vor Augen haben. Ein Jahr wird es ein Zittern und Bangen geben, ob man die Ferkel aus dem Stall bekommt, ob man die gemästeten Schweine zum Schlachthof bekommt. Das wird uns noch ein Jahr lang so beschäftigen.

Deswegen muss jeder Betrieb für sich entscheiden, ob er das schaffen kann und ob er das will. Wenn irgendwann das Zeichen kommt, dass die Betriebe Hilfe oder Gelder brauchen, dann muss darüber geredet werden. Ich habe den Vorschlag gemacht. Unisono wurde von allen erst mal abgewunken, und nun debattieren wir weiter.

Abg. **Dragos Pancescu** (GRÜNE): Ich möchte nicht über die Zufriedenheit eines Landtagsabgeordneten der CDU mit der Regierungsarbeit in anderen Bundesländern reden, sondern ich möchte Ihnen gezielt inhaltliche Fragen zu der heutigen Unterrichtung stellen.

Mir geht es um die Arbeitsquarantäne und um die Thematik der Kontrolle. Haben Sie als Ministerin finanzielle Mittel für die Kontrolle eingeplant? Ist konkreter gefragt - die Landesregierung bereit, kurzfristig diesbezüglich Personal und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen? Wie Sie wissen, arbeiten die kommunalen Behörden, die Gesundheitsämter, die Ordnungsämter, am Rande des Möglichen.

Wir als Parlament und auch Sie als zuständige Ministerin können nicht die Verantwortung übertragen und dann die Unterstützung verweigern. Wie schwierig die Kontrollen sind, zeigt allein schon das Beispiel der Gaststätten. Auch Sie wissen, dass sich Gäste mit Mickymaus oder Donald Duck in die Gästelisten eintragen.

Wie ist es möglich, die Arbeitsquarantäne zu kontrollieren? Oder soll das eine Verordnung sein, die lediglich auf dem Papier steht? Sie haben gesagt, dass das in der Regierung alle abgenickt haben. Ich hoffe, etwas Substantielles kommt, und ich hoffe, dass Ihre Antwort nicht „Bundeswehr“ lautet.

Abg. **Miriam Staudte** (GRÜNE): Ich möchte Sie ermutigen, weiter Gespräche darüber zu führen, ob nicht doch Zahlungen erfolgen müssen. Wenn es Rückmeldungen aus dem Berufsstand in dem Sinne von „das wollen wir nicht, das brauchen wir nicht“ gibt, hört sich das so an, als setze man weiter auf „wachse oder weiche“. In Gesprächen mit einzelnen Tierhaltern, die, wie Sie ausgeführt haben, ihre Ställe noch nicht abbezahlt haben, bekommt man möglicherweise andere Antworten.

Immer wieder wird davon gesprochen, dass man sich dezentrale Schlachtstrukturen zurückwünsche. Wann, wenn nicht in einer solchen Krisensituation, könnte man eine entsprechende Entwicklung anschieben. Dabei muss es auch nicht unbedingt um den Neubau von großen oder mittelgroßen Schlachthöfen gehen, sondern es könnte auch um eine Reaktivierung der handwerklichen Betriebe gehen. Auf die Schnelle fallen mir drei Schlachtereien ein, die in den vergangenen anderthalb Jahren geschlossen haben und jetzt von der Situation profitieren könnten.

Ich möchte Frau Logemann darin unterstützen, dass weiter in diese Richtung gedacht werden muss.

Zum Thema der Arbeitsquarantäne habe ich noch die Frage, ob auch das deutsche Personal, also etwa die Kreisveterinäre etc., unter die Arbeitsquarantäne fällt oder ob sie sich ausschließlich auf die ausländischen Werkvertragsarbeitnehmer bezieht.

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Vielen Dank für die Ermutigung, die Gespräche weiterzuführen. Das müssen wir alle tun, und wir sammeln natürlich auch Hinweise. Sie haben von drei Betrieben gesprochen, die geschlossen haben. Ich habe auch zu solchen Betrieben Gespräche geführt und gefragt, was zu der Schließung geführt hat. Immer wieder habe ich die Antwort bekommen: Wir können nicht mit den Supermarktpreisen mithalten. - Die Verbraucherinnen und Verbraucher kaufen viel und billig. Ich habe gestern gemeinsam mit Herrn Dr. Baumgarte mit einem Landschlachter gesprochen, der Verträge mit den ihn beliefernden Landwirten abgeschlossen hat: z. B. Haltung auf Stroh. - Er zahlt den Landwirten zwei Euro pro Kilogramm. Das zahlt er denen auch jetzt, und er wird von seinen Landwirten geliebt. So hat er uns das gestern erzählt. Allerdings kann er nur so viel schlachten, wie er über seine Ladentheke verkaufen kann.

Wie motiviere ich einen Schlachtbetrieb, den Betrieb in Gang zu halten? Er braucht Kundschaft, er muss das, was er schlachtet, auch verkaufen können. Wir sind auf der Suche, wie wir die Betriebe stärken können. Jetzt, in der Corona-Krise, haben wir eine Chance. Viele regt das Thema auf, und viele machen sich auch Tierschutzgedanken. Genau diese Menschen erreichen wir doch jetzt, indem wir ihnen klarmachen, dass wir, wenn wir wollen, dass vor Ort geschlachtet wird und dass die Transportwege kurz gehalten werden, dies auch unterstützen müssen.

Im Zusammenhang mit der Corona-Krise wird immer wieder von Systemrelevanz gesprochen. Auch heute fiel dieses Wort schon. Eine ehrliche Anerkennung der systemrelevanten Betriebe besteht für mich auch darin, dort einzukaufen. Ich brauche Sie alle, um das überall anzusprechen.

Die Zeiten von „wachse oder weiche“ sind längst vorbei. Auch Landwirte wollen nicht mehr um jeden Preis wachsen. Sie wollen qualitativ besser werden! Das erlebe ich gerade jetzt in der Debat-

te über den Umbau in Richtung Tierwohl. Viele Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter sagen: Wir wollen eine andere Tierhaltung, wir wollen dafür umbauen. Jetzt muss es aber auch weitergehen. Sagt uns vonseiten der Politik, wann ihr so weit seid, dass wir die Anträge stellen können. - Die Landwirte wollen ihre Betriebe qualitativ verbessern, sie wollen die Tierhaltung umbauen. Das Borchert-Papier liegt vor. Jetzt muss man auch so viel Mut haben, das umzusetzen, was in diesem Papier steht. Niedersachsen hat daran mitgearbeitet. In dem Papier steht alles, was es für eine gute Tierhaltung, für eine nachhaltige Tierhaltung braucht.

Das muss jetzt angepackt werden. Ich setze auf Berlin, dass es jetzt auch vorangeht.

Am 3. November finden bundesweit wieder Viehzählungen statt. Ich erwarte daraus Zahlen, Daten und Fakten.

Was die Frage nach den Kontrollen angeht, so weiß ich, dass in Sögel auch Unterkünfte kontrolliert wurden. Die Frage nach den Kontrollen im Zusammenhang mit der Arbeitsquarantäne müsste vielleicht Herr Dr. Pulz beantworten.

Präsident **Dr. Pulz** (NLGA): Die Arbeitsquarantäne bezieht sich ausschließlich auf die Beschäftigten in den Betrieben, nicht aber auf Veterinäre.

(Abg. Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist dann aber eine Zweiklassengesellschaft)

Frau **Dr. Ziehm** (MS): Die Arbeitsquarantäne betrifft in der Regel die betroffenen Bereiche des Betriebes. Es ist nicht daran gedacht, dass der gesamte Betrieb unter einer Arbeitsquarantäne weitergeführt wird. Wenn wir in einem Bereich, z. B. im Zerlegebereich, vermehrt Infektionsfälle zu verzeichnen haben, können die Mitarbeiter, die in diesem Bereich beschäftigt sind, unter den Bedingungen der Arbeitsquarantäne weiter arbeiten. Das ist auch nur für eine begrenzte Zeit gedacht. Das ist nicht wie bei den Saisonarbeitern. Bei den Saisonarbeitern ging das im Übrigen auch nur um die ersten beiden Wochen. Das ist eine zeitlich und auch auf den betroffenen Bereich begrenzte Maßnahme.

Abg. **Miriam Staudte** [GRÜNE]: Die Kreisveterinäre, die im Schlachthof arbeiten, sind doch aber in allen Bereichen tätig. Sie gehen hin und her und kontrollieren überall.

Frau **Dr. Ziehm** (MS): Ich kann nicht sagen, wie das in dem Schlachthof in Sögel gehandhabt wird. Das ist eine Einzelfallentscheidung, bei der sich das Gesundheitsamt die Arbeitsbereiche anschaut und genau festlegt, für wen das gilt. Natürlich werden davon nicht einzelne Personen ausgenommen. Bei all diesen Maßnahmen geht es um Einzelfallentscheidungen vor Ort. Es handelt sich nicht um Automatismen und auch nicht um etwas, was sozusagen ganz grundlegend geregelt ist und dann in jedem Betrieb gleich gehandhabt werden kann. Vielmehr wird immer im Einzelfall entschieden.

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Frau Staudte, was Sie sagen, ist wichtig. Ich habe gesehen, dass Herr Dr. Baumgarte mitgeschrieben hat. Das muss in der Arbeitsgruppe angesprochen werden. Mitte/Ende März hat uns auch im Ministerium diese Frage umgetrieben. Derzeit ist gewünscht, dass nicht die in dem Landkreis ansässigen Veterinäre die dortigen Betriebe kontrollieren. Mit Beginn der Corona-Krise ist das natürlich infrage gestellt worden. Wie viel Sinn macht es, dass die Veterinäre in anderen Landkreisen tätig werden? Das Thema muss auf alle Fälle in der Arbeitsgruppe besprochen werden. Arbeitsquarantäne muss dann auch für Veterinäre gelten. Das sehe auch ich so.

Tagesordnungspunkt 2:

a) **Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7175](#) neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2020 - 2024**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/7330](#)

Zu a) erste Beratung: 83. Plenarsitzung am 15.09.2020

federführend: AfHuF;

mitberatend: ständige Ausschüsse

Zu b) gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 09.09.2020

federführend: AfHuF;

mitberatend: ständige Ausschüsse

- insbesondere Seiten 101 bis 104 -

Einbringung

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Wir sind heute zusammengekommen, um den Etat meines Hauses zu beraten.

Ich freue mich auf die Diskussion und möchte Ihnen zunächst die Rahmenbedingungen für die Haushaltsaufstellung darstellen:

Die Herausforderungen für die Land- und Forstwirtschaft sind unverändert hoch:

Auf den landwirtschaftlichen Betrieben lastet ein enormer wirtschaftlicher Druck, gleichzeitig sollen unsere Landwirtinnen und Landwirte weitere Maßnahmen für mehr Klima-, Umwelt- oder Tierschutz umsetzen. Wetterbedingte Ernteausfälle, langfristige Trockenheit, Sturm- und Schädlingskalamitäten im Wald machen ihnen ohnehin schon zu schaffen.

Die Corona-Pandemie und die Afrikanische Schweinepest in Brandenburg kommen hinzu. Die Situation in den Schlachthöfen und das Wegbrechen der Preise bringen viele schweinehaltende Betriebe bei uns in Niedersachsen in höchste Not. Wie groß die Not ist, höre ich in vielen Telefona-

ten - dass das nicht spurlos an mir vorbeigeht, wurde neulich im Plenum deutlich.

Diese harte Realität fordert uns alle in hohem Maße. Wir müssen schnell, überlegt und vor allem nachhaltig handeln.

Die Landwirtschaft befindet sich in einem bisher nicht gekannten Transformationsprozess. Auch wenn die Pandemie in den vergangenen Monaten vieles beherrscht hat, reißen die Diskussionen über die Zukunft der Landwirtschaft nicht ab. Das ist und bleibt ein wichtiges gesellschaftliches Thema.

Wir Politikerinnen und Politiker bestimmen den rechtlichen und finanziellen Rahmen, um die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen, gemeinsam stoßen wir die nötigen Prozesse an und begleiten diese.

Ich möchte auf allen Handlungsfeldern deutlich vorankommen. Es ist mir wichtig, bei allen Beteiligten für diese neuen Wege Akzeptanz zu finden. So können wir die Landwirtschaft und die Gesellschaft einen; denn beide sind Partner, keine Gegner!

Die Herausforderungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind enorm. Im Vergleich dazu ist der finanzielle Anteil meines Ressorts am Gesamthaushalt mit 1,3 % bedauerlich gering. Es kommt daher umso mehr darauf an, die vorhandenen Mittel so effektiv wie möglich einzusetzen, um damit möglichst viel zu erreichen.

Dabei ist es jetzt und in Zukunft unumgänglich, jede Ausgabeposition immer wieder auf den Prüfstand zu stellen, Prioritäten zu setzen und Bedarfe zu begrenzen.

Bei den Gesamtausgaben bleiben wir im Jahr 2021 mit 470 Millionen Euro erheblich hinter dem Volumen des Vorjahres zurück. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig. Sie beruhen z. B. darauf, dass manche Vorhaben schon umgesetzt sind oder Haushaltsmittel anders zu veranschlagen sind:

Im vergangenen Jahr wurden dank der politischen Beratungen zusätzliche 16,5 Millionen Euro u.a. für die Förderung von Wirtschaftsdüngerlagerstätten zur Verfügung gestellt. Das war eine einmalige Sache, daher wird dieser Haushaltsansatz nun nicht fortgeschrieben.

Außerdem werden für Waldschutzmaßnahmen ab 2021 nur noch die Bundesmittel in den Haushalt eingestellt. Die Kofinanzierung erfolgt aus dem Sondervermögen „Wirtschaftsförderfond - ökologischer Bereich“. Im Ergebnis führt dies zu einer Veränderung der Haushaltsansätze, ohne dass sich die laufenden Aufgaben tatsächlich reduzieren.

Darüber hinaus gibt es - wie in den Vorjahren - Einsparvorgaben für alle Ressorts.

In unserem Einzelplan mussten wir Einsparungen im Umfang von rund 3 Millionen Euro vornehmen. Soweit diese innerhalb eines bestimmten Haushaltstitels umgesetzt werden mussten, setzt sich der Betrag aus einer Summe vieler kleiner Beträge zusammen. Auf diese Weise wurden die Belastungen mit Augenmaß verteilt. Rund 0,8 Millionen Euro werden wir in 2021 noch erwirtschaften müssen.

Bei einem kleinen Haushalt sind Einsparungen zweifellos besonders schmerzhaft. Dennoch ist klar: Wie alle anderen Ressorts muss auch das Landwirtschaftsministerium seinen Beitrag leisten. Ich nenne nur den absehbar notwendigen Abbau der Neuverschuldung; obwohl es mir angesichts der komplexen Herausforderungen in der Landwirtschaft lieber wäre, gerade diesen Einzelplan deutlich aufzuwerten.

Hier und heute können wir diese Probleme nicht lösen. Aber ich werde nicht müde, weiter für ein entsprechendes Budget zu werben, das den Herausforderungen der Landwirtschaft wirklich entspricht.

Niedersachsen braucht eine zukunftsfähige Landwirtschaft, eine Landwirtschaft, die den Anforderungen der Gesellschaft nach mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz nachkommt, die unseren Landwirtinnen und Landwirten aber auch ein angemessenes Einkommen sichert. Diese Herausforderung gehen wir mit dem neuen Gesellschaftsvertrag an.

Ein wichtiger Baustein dieses Gesellschaftsvertrages ist der „Niedersächsische Weg“. Er ist eine Vereinbarung zwischen Landesregierung, Umweltverbänden und Landwirtschaft und verbindet die Interessen des Arten- und Naturschutzes mit denen der Landwirtschaft. Dabei sollen die Leistungen unserer landwirtschaftlichen Betriebe für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz dauerhaft fair entlohnt werden.

Wir beschreiten mit dem „Niedersächsischen Weg“ Neuland, sowohl hinsichtlich der Inhalte als auch in der Herangehensweise. Für mich ist klar: Nachhaltige Änderungen können nur gelingen, wenn sie gemeinsam erarbeitet und von allen mitgetragen werden.

In vielen Runden haben wir mit den Interessenvertretern und den Umweltverbänden Kompromisse erarbeitet. Das war nicht immer einfach, aber die Diskussionen verliefen immer auf Augenhöhe! Die Gesetzesvorschläge werden nun von Ihnen beraten. Mit einem Gesamtvolumen von rund 350 Millionen Euro - bezogen auf den Mipla-Zeitraum - stehen die Maßnahmen auf einem soliden finanziellen Fundament.

Die Mittel für den „Niedersächsischen Weg“ für 2021 sind in den Haushaltsplanentwürfen des MU und des ML bereits abgebildet. Für ML sind dies - einschließlich der EU-Mittel aus der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik - rund 22,1 Millionen Euro.

In diesem Betrag sind die Mittel für eine deutliche Ausweitung des ökologischen Landbaus enthalten. Bis 2025 wollen wir den Anteil der ökologischen Landwirtschaft in Niedersachsen auf 10 % und bis 2030 auf 15 % steigern. Allein hierfür stehen in 2021 rund 6,6 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Mittelfristig sind es sogar 32,6 Millionen Euro, um die ökologische Landwirtschaft voranzubringen.

Ein Erfolgsmodell dabei sind unsere Öko-Modellregionen, die wir weiter ausbauen wollen - dafür haben wir zusätzlich 180 000 Euro für drei weitere Öko-Modellregionen eingeplant. Die wichtige Arbeit unseres Kompetenzzentrums Ökologischer Landbau - unser KÖN - werden wir ebenfalls stärken und verstetigen.

Niedersachsen ist auch ein Vorbild in Sachen der Moor- und Domänenverwaltung. Die Moorlandschaft hat eine hohe Bedeutung für den Klimaschutz. Es gilt, diese zu erhalten! Eine klimaschonende Bewirtschaftung ist dabei wichtig, diese wollen wir verstärken. Die Bewirtschaftung der Domänen und Streubesitzflächen werden wir stärker ökologisch ausrichten - natürlich bei Wahrung der Pächertreue. Dafür werden wir die Beratung intensivieren und Umstellungen gezielt fördern.

Ich komme zur Wiederaufforstung. Auch da wir packen an! Der Aufbau klimastabiler Wälder wird

uns noch viele Jahre beschäftigen. Die Schäden durch Wetterumschwünge und Borkenkäfer sind für jeden von uns sichtbar. Die Freiflächen werden immer größer, ebenso wie die Holzpolter.

Die Schadholzmenge für 2020 beträgt bisher waldbesitzartenübergreifend etwa 2,6 Millionen Kubikmeter - davon sind rund 90 % Fichte. Die Preise sind im Keller, und der Absatzmarkt ist nicht zuletzt durch die Pandemie stark beeinträchtigt.

Was wir jetzt in Angriff nehmen, ist eine Generationenaufgabe, und deshalb braucht es auch hier einen langen Atem. Mit sehr viel Geld und überaus motivierten Partnern werden wir diese Aufgabe annehmen und vorantreiben. Den privaten und kommunalen Waldbesitzern, den Landesforsten, der Landwirtschaftskammer, der Klosterkammer und auch der Nordwestdeutschen Forstliche Versuchsanstalt gebührt an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank für ihr großes Engagement.

Als Soforthilfe konnten wir den Landesforsten schon in diesem Jahr 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit kompensieren wir im Rahmen des Möglichen die coronabedingten Einnahmeausfälle. Allerdings ist klar, dass wohl auch 2021 kein Gewinnüberschuss an das Land abgeführt werden kann.

Mit Landesmitteln im Umfang von 75 Millionen Euro werden wir den Landeswald in den kommenden fünf Jahren zusätzlich stützen und die klimagerechte Wiederaufforstung vorantreiben.

Den Privat- und Körperschaftswald fördern wir aus den Mitteln der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“, um die Folgen aus den Extremwetterlagen zu bewältigen. Zur Kofinanzierung wollen wir insgesamt 42,5 Millionen Euro Landesmittel einsetzen, bezogen auf den Mipla-Zeitraum. Einschließlich der damit zu erreichenden Bundesmittel beläuft sich der Gesamtbeitrag im Mipla-Zeitraum auf 106 Millionen Euro. Im Haushalt 2021 sind davon 26 Millionen Euro, davon 15,6 Millionen vom Bund und 10,4 Millionen Euro vom Land veranschlagt.

Aktuell wird die Umsetzung des Waldkonjunkturprogramms im Umfang von 700 Millionen Euro diskutiert, das der Bund im Sommer aufgelegt hat. Nach dem aktuellen Verteilschlüssel entfallen auf Niedersachsen rund 100 Millionen Euro. Die voraussichtlich erforderliche Kofinanzierung aus Landesmitteln im Umfang von 67 Millionen Euro

haben wir eingeplant. Wir warten nun auf die letzten entscheidenden Weichenstellungen des Bundes.

Ich komme zur ASP. Auch dort haben wir vorgesorgt.

Der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Brandenburg bereitet natürlich uns allen große Sorgen; gerade was die wirtschaftlichen Auswirkungen betrifft.

Ich wiederhole, was ich dazu bereits im Plenum gesagt habe: Niedersachsen ist gut auf die Afrikanische Schweinepest vorbereitet! In Niedersachsen haben wir vorausschauend gehandelt und für den Fall eines Ausbruchs bei uns ein Krisenmanagement aufgebaut, das einsatzfähig ist!

Die Eindämmung der ASP findet vor Ort statt: Wir wollen die Landkreise im Ausbruchsfall zusätzlich unterstützen und haben daher eine Wildtierseuchen-Vorsorgegesellschaft auf den Weg gebracht. Bis diese ihre Arbeit aufnehmen kann, gibt es schon jetzt eine personell verstärkte Kontaktstelle beim LAVES.

Im Haushalt 2021 sind weiterhin Präventionsmittel im Umfang von rund 1,6 Millionen Euro eingeplant. Damit stellen wir sicher, dass die Vorsorgemaßnahmen zielgerichtet und durchgehend durchgeführt werden.

Im Falle des Ausbruchs der ASP in Niedersachsen sollen darüber hinaus Mittel für die Bekämpfung bedarfsgerecht außerplanmäßig zur Verfügung gestellt werden.

In den vergangenen Jahren haben wir die dafür vorgesehenen Mittel glücklicherweise nicht in Anspruch nehmen müssen. Da wir den Zeitpunkt und auch den Umfang des Bedarfs heute nicht kennen, ist dies der haushaltsrechtlich klügere Weg, als die Mittel rein vorbeugend zu veranschlagen. Dies entspricht auch der Praxis, die auch bei anderen Seuchengeschehen, wie bei der Vogelgrippe, häufig zum Tragen kommt.

Ich komme zur Förderung der ländlichen Entwicklung.

Die Nachfrage nach Fördermitteln zur Entwicklung des ländlichen Raums ist ungebrochen. Die Antragszahlen sind erfreulich hoch, und mir wurde zugetragen, dass die Kommunen die Ämter für regionale Landesentwicklung für ihre Unterstüt-

zung sehr schätzen. In den Ämtern wird ein guter Job gemacht. Das hört man überall im Land.

Eines ist klar: Die Gelder, die wir in den vergangenen Jahren zusätzlich bekommen haben, müssen auch in der Fläche ankommen.

Als Flächenland mit vielfältigen Strukturen nutzen wir schon jetzt alle Fördermöglichkeiten der EU und der GAK, um den ländlichen Raum zu stärken. Wir brauchen lebendige und attraktive Ortskerne, wir brauchen innovative Angebote, eine gute Infrastruktur sowie eine erreichbare Grundversorgung.

Der Bund schreibt den GAK-Sonderrahmenplan für die integrierte ländliche Entwicklung nicht nur für 2021 fort, sondern verstetigt diesen sogar. Das finde ich sehr gut; und da die EU-Mittel fast ausgeschöpft sind, brauchen wir diese zusätzlichen Mittel.

Natürlich müssen wir an die notwendige Gegenfinanzierung durch das Land denken. Und hier stoßen wir erstmals an finanzielle Grenzen. Um die Gesamtsumme der GAK-Mittel zu aktivieren, fehlen uns im nächsten Jahr 5,3 Millionen Euro. Sie werden verstehen, dass wir diesen Bedarf in unserem Einzelplan nicht auch noch zulasten anderer Bereiche einsparen können.

Wenn der Bund bei seiner Entscheidung bleibt, fehlen uns ab 2022 sogar Mittel in zweistelliger Millionenhöhe.

Bei der Planung müssen wir berücksichtigen, dass jeder zusätzlich bereitgestellte Euro des Landes in der Wirkung einen Betrag von 2,50 Euro entfaltet; hinzu kommen weitere Mobilisierungseffekte auf lokaler Ebene. Kurz gesagt: Aus einem Euro werden 2,50 Euro, um Niedersachsen voranzubringen.

Ich bitte Sie daher alle um Ihre Unterstützung, die bestehende Finanzierungslücke noch zu schließen und uns zu helfen, damit keine Drittmittel für die ländliche Entwicklung ungenutzt verfallen und gerade mehrjährige Projekte deswegen auf der Strecke bleiben.

Zur neuen Förderperiode 2021 bis 2027. Gestatten Sie mir noch ganz kurz ein Wort zur EU-Förderperiode ab 2021: Wir befinden uns mitten in den politischen Diskussionen zur Ausrichtung und Schwerpunktsetzung; ein Prozess, den es nur alle sieben Jahre einmal gibt - für uns also eine riesige Chance.

Es geht darum, die richtigen Schwerpunkte zu setzen und die EU-Finanzmittel auf wichtige politische und fachliche Vorhaben zu konzentrieren.

Dabei steht für mich die Transformation der Landwirtschaft an erster Stelle, sowohl bei der Ausrichtung der GAP als auch bei den Planungen auf Landesebene. Nachhaltige Verbesserungen zugunsten des Umwelt- und Klima- sowie des Tierschutzes sind oberste Ziele. Natürlich sollen bewährte Maßnahmen fortgeführt werden.

Aktuell wird mit einem höheren ELER-Mittelaufkommen für die zukünftige GAP-Förderperiode gerechnet. Das ist eine sehr gute Nachricht; denn zunächst hatten wir ja, auch bedingt durch den Brexit, eher mit deutlichen Einschnitten gerechnet.

Auch wenn konkrete Zahlen noch nicht genannt werden können und schon gar nicht in den Haushalt eingeplant werden können, planen wir derzeit die Zukunft und stimmen uns ressortübergreifend ab. Bei der nächsten Haushaltsaufstellung wird dies dann sicherlich im Mittelpunkt stehen.

Ich komme nun zur Digitalisierung - Landwirtschaft 4.0

Die Digitalisierung ist längst in der Landwirtschaft - auf dem Feld und im Stall - angekommen: kaum ein Arbeitsprozess, der nicht digital unterstützt wird; Informations- und Kommunikationstechnologien werden genutzt, um beispielsweise Düngeprozesse besser und präziser zu gestalten und Arbeitsabläufe zu vereinfachen.

Unser Ziel ist es, die Digitalisierung voranzubringen und die Systeme miteinander zu vernetzen. Stellen Sie sich die Drohne vor, die per Bilderkennung Schädlingsbelastung oder Krankheitsbilder einer Pflanze ermitteln und auswerten kann. Die automatische Übertragung dieser Ergebnisse kann eine gezielte Pflanzenschutzabbringung automatisch garantieren. Und dies ist bei Weitem keine Fiktion - innovative Start-ups sind an dieser Stelle bereits unterwegs. Im Rahmen der jüngsten Preisverleihung „Digitalpreis Niedersachsen“ konnte ich mich selbst von tollen und innovative Ideen nicht nur auf dem Acker, sondern auch in Schlachtbetrieben überzeugen.

Wir werden diesen Prozess vorantreiben. Insgesamt rund 20 Millionen Euro stehen dem ML aus dem Sondervermögen Digitalisierung zur Verfügung. Fortgesetzt werden die schon begonnenen Projekte im unmittelbaren Bereich der Landwirt-

schaft. Außerdem treiben wir die Digitalisierung der Verbraucherberatung voran und unterstützen die Digitalisierung im gesundheitlichen Verbraucherschutz in Millionenhöhe. Auch die wichtige Ausbildung bei der DEULA wird von der Digitalisierungsoffensive profitieren.

Dies wird auch in Zukunft ein wichtiger Schwerpunktbereich meines Ressorts sein, der den Transformationsprozess flankiert und weiter ausgebaut werden muss. Wir sind sehr froh, dass uns diese umfangreichen Mittel des Sondervermögens Digitalisierung zur Verfügung stehen, um mit großen Schritten voranzukommen. An guten und ausbaufähigen Projektideen fehlt es uns und unseren Kooperationspartnern jedenfalls nicht!

Ich komme zum Verbraucherschutz.

Neben der Digitalisierung halten wir unser Niveau im gesundheitlichen und ernährungsbezogenen Verbraucherschutz. Dazu zählt neben den vielen bekannten Projekten natürlich auch unser Schulprogramm. Über 1 500 Einrichtungen in Niedersachsen beteiligen sich daran. So lernen schon die Kleinsten die Vielfalt regionaler Obst- und Gemüsearten und der Milch kennen. 1,7 Millionen Euro stellen wir dafür in 2021 zur Verfügung. Es ist damit gelungen, den erforderlichen Betrag, der in den vergangenen Jahren immer wieder von Ihnen nachgesteuert werden musste, jetzt im Einzelplan zu verstetigen.

Auch das Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft, das ZEHN, das bei der Landwirtschaftskammer angesiedelt ist, setzt seine erfolgreiche Arbeit fort. Egal ob es darum geht, die Lebensmittelverschwendung anzugehen oder dafür zu sorgen, dass leckeres Wildfleisch aus der Region bei unseren Verbrauchern ankommt - das ZEHN ist dabei.

Ich möchte auch noch ein paar Sätze zu dem Landesamt für Verbraucherschutz sagen. Ich möchte dem LAVES ganz ausdrücklich für seine Einsatzbereitschaft während der Corona-Pandemie danken. Wer von uns hätte gedacht, dass wir diese Laborkapazitäten einmal so nötig brauchen, um eine Pandemie in den Griff zu bekommen. Die Kolleginnen und Kollegen dort leisten seit Monaten hervorragende Arbeit, und es ist mir wichtig, dies auch hier einmal so deutlich zu sagen!

Dass dem LAVES ebenfalls eine besondere Bedeutung zukommen wird, falls auch noch die Afrikanische Schweinepest bei uns ankommt, brau-

che ich wohl nicht weiter zu erklären. Wir haben dort Expertinnen und Experten sowie Einrichtungen, die häufig im Stillen arbeiten und gleichzeitig bei Krisen von so außerordentlicher Bedeutung sind. Es zeigt sich nun einmal mehr, wie wichtig es ist, auch an dieser Stelle immer gut aufgestellt zu sein.

Die Landwirtschaft steht vor einem nie gekannten Umwälzungsprozess. Wir drehen gerade alles von rechts auf links. Diese Herausforderungen werden wir jetzt und in Zukunft mit einem vergleichsweise bescheidenen Finanzrahmen wuchten müssen.

In meinem Haus gibt es wohl keinen Bereich, der nicht gerade an vorderer Front im Einsatz ist, um die Landwirtschaft und die Wälder für die Zukunft aufzustellen. Umso wichtiger ist es, neben der fachlichen Arbeit alle verfügbaren Finanzierungsquellen auszuschöpfen und die Finanzierungsinstrumente effizient miteinander zu kombinieren.

Ich sehe mein Haus dabei für 2021 gut aufgestellt; nicht nur, weil ich so tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe. Das möchte ich an dieser Stelle auch mal sagen. Vielen Dank, dass Sie heute auch für Fragen zur Verfügung stehen. Wir haben tolle Leute im Ministerium. Sie machen einen guten Job. Ich sehe uns gut aufgestellt und freue mich, nun mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Allgemeine Aussprache

Abg. **Miriam Staudte** (GRÜNE): Mir ist in dem sehr übersichtlichen Informationsheft „Daten und Informationen für die parlamentarische Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2021“ aufgefallen, dass GAK-Mittel als Gegenfinanzierung für die Bundesmittel fehlen. Das ist gerade bei einem so kleinen Haushalt misslich.

Können Sie uns erläutern, wie es zustande kommt, dass diese Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, um alle Bundesmittel für Niedersachsen abrufen zu können?

So, wie ich es gelesen habe, haben schon in diesem Haushalt, also für dieses Jahr, Mittel gefehlt. Für das nächste Jahr steht es ins Haus. Für die Mipla wird jährlich von 19 Millionen Euro ausgegangen. Das ist doch äußerst misslich.

Ich hätte gern gewusst, wie hoch genau die Verluste auch schon für dieses Jahr sind und wie Sie

damit umgehen wollen. Dazu gab es den Appell, dass der Landtag das bereinigen solle. Ich frage mich, warum das nicht bereits im Vorfeld gelaufen ist.

Der Bund hat in seiner Richtlinie erklärt, dass diese Mittel nicht nur für den Küstenschutz etc. verwendet werden können, sondern auch für das Thema „effizientere Beregnung“. Das ist eines der Zukunftsthemen. Dazu ist dem Bauernverband Nordostniedersachsen ein ablehnendes Schreiben von Herrn Theuvsen geschickt worden, wonach für die Wasserspeicherung etc. aus den GAK-Mitteln kein Geld bereitgestellt werden soll.

Das hat uns sehr verwundert. Auf der einen Seite wurde seitens des ML gesagt, dass man sich eine Dürreversicherung vorstellen könne. Aber auf der anderen Seite ist für Prävention und dort, wo schon Konzepte erarbeitet worden sind, scheinbar kein Geld vorhanden.

Wird die Landesrichtlinie dahin gehend überarbeitet, dass auch für den Bereich „effizientere Beregnung“ Mittel zur Verfügung gestellt werden? Sie hatten die Bitte an uns geäußert, dass wir dafür sorgen mögen, dass das Ministerium diese Mittel bekommt. Zumindest meiner Fraktion ist das ein Anliegen.

Zum Thema „Wald“.

Dazu sind vom Bund viele Mittel bereitgestellt worden. Wie kam es, dass die Waldquote, die zum Nachteil für Niedersachsen zu Buche schlägt, eingeführt wurde? Niedersachsen hat 10 % des Waldes, also gibt es statt 14 % auch nur 10 % des Geldes. Wird das in anderen Bereichen auch so gehandhabt? Dann könnten wir ja eine Deichquote verlangen. Wir haben viel mehr Deich als viele andere Bundesländer. Dann könnten wir einfordern, dass die Mittel anders verteilt werden. Wie ist es zu der Waldquote gekommen? Soll es bei dieser Quote bleiben?

Zum Thema „EU-Mittel“.

Dass mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, ist grundsätzlich erfreulich. Mir ist aber noch nicht ganz klar, womit wir rechnen müssen. Welchen Einfluss haben künftig die Länder auf die Vergabe und wie viel der Bund? Es soll ein nationaler Strategieplan erarbeitet werden. Es wäre, gerade weil wir einen so kleinen Haushalt haben, sehr misslich, wenn das Land keine eigenen Einflussmöglichkeiten mehr hätte, wie viel Geld wofür zur Verfügung gestellt werden soll.

Vielleicht können Sie erklären, was die Position der Landesregierung ist, wie diese Mittel künftig fließen sollen. Wie ist dazu der aktuelle Stand?

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Frau Staudte, Sie fragten nach den GAK-Mitteln. In diesem Jahr fehlen keine Mittel. Im laufenden Haushaltsjahr ist alles kofinanziert.

Im nächsten Jahr fehlen die von mir genannten 5,3 Millionen Euro, und im übernächsten Jahr fehlen Mittel in zweistelliger Millionenhöhe.

Warum haben wir das nicht mit eingepreist? Es war nie sicher, dass der Sonderrahmenplan weitergeführt wird. Deswegen kommt es zu der Förderlücke.

Das Thema „Beregnung“ finden wir in der AFP-Förderung wieder. Ich weiß, dass das Umweltministerium auf Fachebene - auch mit uns - an Beregnungskonzepten und an Lösungen arbeitet, wie das finanzierbar ist. Daran wird auf Fachebene gearbeitet. Ich nehme die Anregung zum Thema „Beregnung und Landesrichtlinie“ mit ins Ministerium.

Dr. Stoyke (ML): Das Problem bei Speicherkapazitäten ist, dass es sich um Gemeinschaftsanlagen handelt, die im AFP so technisch nicht förderfähig sind. Hier wird man in der Zukunft, gerade mit Blick auf die Klimafolgenanpassung, nach neuen Wegen schauen müssen. Beregnung in Form von Einzelanlagen ist durchaus schon förderfähig.

Dem Hochwasserschutz hatte man in jüngerer Zeit eine höhere Priorität zugewiesen. Die Speicheranlagen sind zunächst zurückgestellt worden.

MR'in **Abel** (ML): Im Rahmen der Diskussion um den Umgang mit den Finanzmitteln ausschließlich bei der Bewältigung der Extremwetterereignisse - nur darauf bezieht sich der Fördergrundsatz F -, haben sich die Bundesländer darauf geeinigt, nicht den normalen GAK-Fördergrundsatz zugrunde zu legen, sondern sich ausschließlich an dem förderfähigen Waldanteil - Kommunalwaldanteil, Privatwaldanteil, Genossenschaftswaldanteil - zu orientieren.

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Es gab unter den Agrarministerinnen und Agrarministern eine lange Debatte. Wir haben immer gesagt, dass der vorhandene Wald geschädigt ist und wieder aufgebaut werden muss.

Die Debatte ging dahin, dass das Geld nicht dafür verwendet werden soll, mehr Wald aufzubauen, wie dies z. B. Schleswig-Holstein will, sondern dass es um Kalamitäten in bestehenden Waldflächen geht. Die Wälder, die da sind, sollen wieder aufgestellt werden.

Die Debatte haben wir geführt. Dabei ist letztendlich herausgekommen, dass mit den Geldern kein neuer Wald entstehen, sondern der geschundene Wald wieder aufgebaut werden soll. Deswegen die Quote, bezogen auf die Waldflächen, die in den Bundesländern vorhanden sind.

MR **Wittenbecher** (ML): Frau Staudte, Sie sprachen den GAP-Strategieplan an. Es wird zukünftig innerhalb der Agrarministerkonferenz - wir rechnen mit dem Frühjahr 2021 - eine Entscheidung zu fällen sein, wie die für Deutschland zu verteilenden ELER-Mittel auf die Länder heruntergebrochen werden.

Wir dürfen sicher damit rechnen, dass es eine Sonderkonferenz der AMK geben wird. März/April 2021 könnte ein realistischer Zeitpunkt dafür sein.

Die Entscheidung über die Verteilung auf die Länder fällt in Deutschland die Agrarminister der Länder gemeinsam mit dem Bund. Wie viel Geld dann tatsächlich nach Niedersachsen kommt, kann man im Moment noch nicht sagen.

Der planerische Rahmen wird der sogenannte GAP-Strategieplan sein, der gemeinsam in Kooperation, in sehr enger Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern, erstellt wird. Die Arbeiten laufen.

Die Vorstellung, dass die Länder nicht mehr entscheiden könnten, wofür die Gelder eingesetzt werden, wie sie verteilt werden, ist falsch. Die Entscheidungen fallen kooperativ zwischen Bund und Ländern. Die Länder definieren, wofür sie die Mittel einsetzen möchten. Es gibt auf der Bund-Länder-Ebene eine Vereinheitlichung der Förderansätze im Rahmen von Investitionskategorien, sodass jedes Land in der Lage ist, seine gewollten Förderansätze in diesem Strategieplan zu verankern.

Abg. **Helmut Dammann-Tamke** (CDU): Zu den Ausführungen der Ministerin habe ich keine Fragen. Allerdings möchte ich einiges zu dem, was die Ministerin vorgetragen hat, sagen. Ich werde mich dabei sehr kurz fassen. Schon seit vielen Jahren darf ich - in unterschiedlichen Funktionen; u. a. auch als Mitglied des Haushaltsausschus-

ses - hier im Niedersächsischen Landtag zum Einzelplan 09 - Stellung nehmen.

Der Kernbegriff Ihrer Ausführungen lautet in diesem Jahr „Transformationsprozess“. Damit sollten wir alle, die wir für die Zukunft der Agrar- und Ernährungsbranche in Niedersachsen Verantwortung tragen, uns in aller Ernsthaftigkeit und aller Intensität auseinandersetzen. Ich gebe Ihnen völlig recht: Wir stehen vor einem Transformationsprozess der niedersächsischen Land- und Ernährungswirtschaft.

Nennen möchte ich Schlagworte wie Tierschutz, Tierwohl, Artenschutz, Biodiversität, Grundwasserschutz, Düngeverordnung, Schutz von Oberflächengewässern, EU-weit einheitliche Pflanzenschutzmittelzulassungen, volle Märkte unter anderem auch im Ökobereich sowie eingebrochene Einnahmen aus dem Bereich Wald und Holz. In der Regel haben unsere Landwirte auch Waldbesitz.

Das Ganze wird aktuell noch verschärft durch coronabedingte wirtschaftliche Einbußen, wie wir unter dem ersten Tagesordnungspunkt ansatzweise gehört haben, und Handelsrestriktionen infolge der ASP, die zu einem Preisverfall auf dem Schweinemarkt führen, sowie ständig steigende bürokratische Anforderungen.

Seitens der CDU-Fraktion sind wir uns sicher, dass die Interessen der Agrar- und Ernährungswirtschaft, die immerhin den zweitwichtigsten Wirtschaftszweig in Niedersachsen darstellt, bei dieser Landesregierung und speziell auch dieser Ministerin sowie den Mitarbeiterinnen Mitarbeitern des Ministeriums in guten Händen sind. Ich möchte mich ausdrücklich Ihrem Lob in Richtung Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anschließen.

Der Transformationsprozess wird nicht in wenigen Wochen oder Monaten abgeschlossen sein, sondern steht uns auf Jahre ins Haus. Damit stehen wir in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen.

Sie können sich sicher sein, dass Sie seitens der CDU-Fraktion volles Vertrauen und volle Unterstützung genießen. Wir alle, die wir Verantwortung für dieses Land tragen, sollten, was diesen Transformationsprozess angeht, versuchen, zu möglichst breit getragenen Kompromissen zu kommen, und nicht der ständigen Versuchung erliegen, in dem einen oder anderen Fall politisches Kapital zu schlagen.

Abg. **Karin Logemann** (SPD): Ein ganz herzliches Dankeschön an diese Ministerin und auch an das gesamte Ministerium. Ich habe wirklich das Gefühl, dass Sie die Menschen bei uns im Land verstehen. Sie wissen um die Betriebe; Sie wissen, was los ist. Heute Morgen habe ich, bevor ich hierhergekommen bin, nacheinander gleich zwei Anrufe erhalten. Bei dem ersten Anruf ging es um eine Landwirtsfamilie, die mit den Anforderungen nicht mehr zurechtkommt. Der Betrieb steht vor dem Aus. Die Ehe ist gescheitert. Der Sohn, knappe 30 Jahre alt, hat einen Burn-out. Der Vater weiß nicht mehr weiter und versucht, den Hof zu verkaufen, bekommt das aber nicht hin.

Bei dem zweiten Anruf, den ich gleich danach bekommen habe, ging es um einen Landwirt ohne Hofnachfolger. Er versucht seit geraumer Zeit, diesen Hof loszuwerden. Es gibt auch Interessenten, die aber, um den Hof zu übernehmen, nach einer Anschubfinanzierung fragen.

Solche Gespräche möchte man nicht gern führen. Die Ministerin hat mehrfach betont, wie oft auch sie solche Gespräche führt. Solche Gespräche lassen einen natürlich nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Was auf den Betrieben los ist, wurde vielfach - auch gerade noch einmal von Herrn Dammann-Tamke - gesagt: Auf den Betrieben lastet der enorme Druck des Transformationsprozesses. - Wir müssen alles dafür tun - das ist unsere Verpflichtung und Aufgabe -, dass wir den Transformationsprozess gut miteinander hinbekommen. Das, was wir tun können, was in unseren Möglichkeiten steht, müssen wir auch tun.

Klimaschutz und Naturschutz sowie Tierschutz wurden bereits angesprochen. Ich sage das jetzt ganz offen: Was jahrzehntelang verschlafen wurde, holt uns jetzt innerhalb kürzester Zeit völlig unbarmherzig ein. Wenn dann noch Dinge wie die Corona-Pandemie oder die Afrikanische Schweinepest hinzukommen, wird die Situation noch dramatischer. Das alles trifft auf einen bedauerlicherweise sehr kleinen Einzelplan. Auch das wurde bereits skizziert. Die Dramatik insgesamt ist kaum zu überbieten.

Sie haben es gesagt, Frau Ministerin: Der Anteil des Einzelplans am Gesamthaushalt beträgt 1,3 %. Die Einsparmaßnahmen, die von Ihnen coronabedingt erwartet wurden, liegen bei 3 Millionen Euro. Das sind Herausforderungen, die vor

dem Hintergrund all der anderen dringenden Aufgaben zu bewältigen sind.

Die Gesamtausgaben bleiben 2021 hinter den Gesamtausgaben des Jahres 2020 zurück. Auch dies ist vor dem Hintergrund steil wachsender Bedarfe dramatisch.

Eine Herausforderung und Kraftanstrengung bedeutet es angesichts der besonderen Struktur dieses Einzelplans, die Kofinanzierung der EU-Förderung und der GAK-Mittel sicherzustellen. Sie haben angedeutet, dass es im nächsten Jahr erstmals Probleme bei der Gegenfinanzierung geben wird. Das bereitet Sorgen. Wir bieten gern an, auch hier gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wir müssen Lösungen finden!

Anrufe, wie ich sie skizziert habe, gehen an niemandem spurlos vorbei. Ich bin, wenn ich solche Anrufe bekomme, oftmals - ich gebe das offen zu - ein Stück weit hilflos. Was soll ich dem Anrufer sagen? Ich erzähle den Anrufern vom Niedersächsischen Weg, ich erzähle ihnen vom Generationsvertrag. Ich erzähle ihnen vom Borchert-Papier. Das sind die Dinge, die mir spontan einfallen und bei denen ich merke, dass wir die gemeinsame Zielrichtung verfolgen, dass endlich einmal begriffen wird, dass das, was gesellschaftlich erwartet wird, finanziell seinen Niederschlag finden muss.

Eigentlich sind die Dinge ganz einfach: Ebenso, wie ich für einen Liter Milch, ein Pfund Butter oder ein Kilo Bohnen bezahlen muss, muss ich auch für einen Hektar, auf dem ich Biodiversität haben möchte, bezahlen. Dies ist der Niedersächsische Weg. Ich bin dankbar dafür, dass ich in einer Legislaturperiode dem Landtag angehören darf, in der ich an der Erarbeitung eines solchen Plans mitwirken darf. An dieser Stelle noch mal meinen ganz herzlichen Dank an die beteiligten Ministerien.

Der Haushaltsplanentwurf ist klug und zukunftsorientiert ausgerichtet. Die Investitionen in die Digitalisierung sind absolut wichtig und richtig. Auch die Schwerpunkte beim ökologischen Landbau sind aus unserer Sicht absolut zu begrüßen.

Wir arbeiten an der Tierwohl-Thematik. Im Bereich der ASP stellt sich die Frage: Ist alles im Lot? Ich glaube, dass das der Fall ist. Niedersachsen ist gut vorbereitet. Man ist wachsam und passt auf und schaut auf die Dinge, die auf uns zukommen.

Lange Rede kurzer Sinn: Einfach kann jeder? - So ist es nicht. Dafür werden wir aber auch nicht bezahlt, sondern wir werden dafür bezahlt, dass wir an Lösungen arbeiten. Ich bin dankbar dafür, dass wir diese Ministerin haben. Ich bin dabei, wenn es darum geht, weiterhin und unermüdlich für die Menschen hier in Niedersachsen und für die Agrar- und Ernährungswirtschaft im Besonderen zu arbeiten. Ich weiß dabei meine Fraktion an unserer Seite.

Abg. **Hermann Grupe** (FDP): Auch von meiner Seite, Frau Ministerin, Dank dafür, dass Sie sich sehr einsetzen. Ich habe bereits im Plenum des Landtages gesagt, dass, wenn man emotional von dem berührt ist, was auf den Höfen stattfindet, dies zeigt, wie sehr man sich identifiziert. Auch dafür haben Sie unseren vollen Respekt.

Wir müssen uns mit einigen Problemen auseinandersetzen und versuchen, im Rahmen der bescheidenen Mittel, die das Land sowohl in finanzieller Hinsicht als auch hinsichtlich des Einflusses hat, an Lösungen zu arbeiten und die Dinge in diesem Land zu fördern.

Die Digitalisierung - das wurde angesprochen - ist auf den Höfen weitgehend angekommen. Das Land hat dazu allerdings nur wenig beitragen können.

Das Land hat ein einziges Mal Wirtschaftsdüngerlager gefördert. Hier besteht natürlich weiterer Bedarf. Wir waren eigentlich davon ausgegangen, dass die Förderung verstetigt wird, um eine bessere Verteilung der Nährstoffe im Lande zu erreichen. Da fehlt aber etwas.

Die ASP ist leider in Deutschland angekommen. Nach unserem Eindruck ist auch auf deutschem Boden nicht gerade professionell agiert worden. Wir hoffen, dass das ganz schnell besser wird.

Für die Prävention haben Sie die Ansätze um 400 000 Euro heraufgesetzt, für die Bekämpfung haben Sie sie jedoch um 2 Millionen Euro reduziert. Ich nehme an, dass von Ihnen noch Initiativen kommen, damit wir uns besser aufstellen können. Denn zu befürchten ist, dass wir weiterhin mit der ASP-Problematik und der Frage konfrontiert werden, wie wir uns schützen, wenn die ASP näher rückt.

Zum ökologischen Landbau kann ich mittlerweile auch aus eigener Erfahrung etwas sagen. Der Berufsstand hat darauf hingewiesen, dass es um die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie um

die Nachfrage geht. Dies muss berücksichtigt werden. Ausbauziele können nur im Rahmen der Nachfrage funktionieren. Übergangsweizen wird zurzeit mit 17 oder 18 Euro, also genau zu dem Preis von konventionell erzeugtem Weizen, gehandelt, weil offensichtlich genug davon vorhanden ist.

Ich will klipp und klar das ansprechen, was auch Frau Logemann sagte, nämlich den Niedersächsischen Weg, der von der Landesregierung in Angriff genommen wurde - wenn ich richtig informiert bin, auf eine längere Initiative des Berufsstandes hin. Richtig und wertvoll ist es sicherlich, Impulse aufzunehmen, die von anderer Seite kommen. Als Opposition waren wir nicht von Anfang an eingebunden. Das ist auch nicht schlimm. Der Weg ist, so wie er sich für uns darstellt, richtig. Wir unterstützen ihn voll und ganz, zumal er grundsätzlich etwas anderes ist als Auseinandersetzung bzw. Konfrontation, sondern darauf baut, etwas miteinander zu kreieren und weiterzuentwickeln. Dass Menschen so etwas leben, kann nur funktionieren, wenn sie es verstanden haben, sich damit identifizieren und gemeinsam weiterentwickeln. Dabei darf sicherlich der eine oder andere Strickfehler enthalten sein, wenn die Bereitschaft besteht, die Dinge gegebenenfalls zu korrigieren, und die Dinge auch ehrlich gemeint sind. Draußen aber trotz der Vereinbarung zum Niedersächsischen Weg Unterschriften zu sammeln, sehen wir als Konfrontation.

Hoffentlich kriegen wir einiges im Zusammenhang mit dem Haushalt nachjustiert, um die vor uns stehenden Herausforderungen annehmen zu können.

Abg. **Miriam Staudte** (GRÜNE): Ganz richtig wurde darauf hingewiesen, dass die Landwirtschaft vor großen Transformationsprozessen steht. Diese müssen flankiert werden. Ganz pauschal formuliert, sehe ich nicht, wo sich in diesem Haushaltsplanentwurf Maßnahmen, die dazu dienen, diesen Transformationsprozess in irgendeiner Art und Weise zu unterstützen, widerspiegeln.

Der Haushaltsplanentwurf wird vielmehr fortgeschrieben, und an Stellen, bei denen ich dies überhaupt nicht verstehen kann, sind sogar Kürzungen vorgesehen. 300 000 Euro weniger für das Grünlandzentrum, obwohl, wie wir doch alle sagen, der Klimaschutz in Niedersachsen, was die Landwirtschaft betrifft, von zentraler Bedeutung ist. Ich verstehe nicht, wieso in diesem Bereich Mittel gekürzt werden können.

Es gibt etliche Arbeitsgruppen, die seit Beginn der Wahlperiode etwa zu den Themen Nutztierhaltungsstrategie und Ackerbaustrategie arbeiten. Ich finde aber keinen einzigen Haushaltstitel, bei dem Bezug darauf genommen wird, dass Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen umgesetzt werden sollen. Zumindest drängen sich mir solche Haushaltstitel nicht auf.

Der Bauernverband Nordostniedersachsen hat ein Konzept zur Klimafolgenanpassung und zum sparsamen Umgang mit Wasser vorgelegt. Letztendlich ist aber eine Förderung abgelehnt worden.

Im Haushalt des Umweltministeriums sind Mittel vorgesehen, um solche Konzepte zu erarbeiten. Zum Teil liegen derartige Konzepte auch bereits vor, aber es sind keine Ansätze für die Umsetzung vorgesehen.

In der Tat ist der Einzelplan einer der kleinsten Einzelpläne der Landesregierung. In einer solchen Situation kommt es umso mehr darauf an, Mittel zu suchen. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass die Mittel für den Kastenstandumbau in dem vorgeschriebenen Zeitraum nicht abgerufen werden können. Was macht Niedersachsen, damit die Zweckbestimmung dieser Mittel dahin gehend geändert wird, dass sie für den Tierschutz eingesetzt werden können? Dass der Umbau notwendig ist und dafür Mittel benötigt werden, ist richtig. Es kann doch nicht angehen, groß zu verkünden, in welchem Umfang der Bund Mittel zur Verfügung stellt, während die Mittel dann aber nicht abfließen können.

Ministerin **Otte-Kinast** (ML): Natürlich werden wir versuchen, unsere Landwirte zu unterstützen. Aber Baugenehmigungen werden vor Ort von den Landkreisen erteilt. Ich hole alle Beteiligten - den Landkreistag, den Umweltminister und das Landvolk - an einen Tisch, um zu schauen, wie wir das alles möglichst schnell hinbekommen. Die Nutztierhaltungsverordnung muss umgesetzt werden.

Was die von Ihnen angesprochenen etlichen Arbeitsgruppen angeht, so gibt es eine Arbeitsgruppe für die Nutztierhaltungsstrategie und eine Arbeitsgruppe für die Ackerbaustrategie. Man muss strategisch überlegen, wofür Mittel erforderlich sind. Nicht für alles braucht es Geld. Für vieles braucht es Beratung. Wir müssen Landwirte bei dem Thema mitnehmen, in ihren Betrieben anders zu wirtschaften. Wir müssen sie mitnehmen in eine klimaangepasste Landwirtschaft. Auf die-

sem Weg befinde ich mich. Das wird sauber abgearbeitet. Wann wir für welches Projekt Mittel bereitstellen müssen, wird sich, so glaube ich, bei der nächsten Haushaltsplanberatung deutlich zeigen. Einiges wird durchaus Geld kosten. Soll das Grünlandzentrum institutionell gefördert werden? Von mir aus gern. Sie alle wissen, welche Mittel in Niedersachsen zur Verfügung stehen. Darauf zu schauen, in welchem Umfang Gelder nach der Corona-Krise vorhanden sein werden, ist verantwortungsvolle Politik. Die Diskussion darüber, welche Mittel vorhanden sind und für welchen Zweck wir sie wann einsetzen werden, werden wir führen.

Viele der Arbeitsgruppen, bei denen es darum geht, die Landwirtschaft in eine Transformation zu führen, haben gute Vorschläge erarbeitet, um in der neuen Förderperiode Mittel nach Niedersachsen zu bekommen. Wir entwickeln Vorstellungen, wie wir unsere Landwirtschaft in eine klimaangepasste und nachhaltige ökologische Landbewirtschaftung führen können. Möglichkeiten werden wir in der neuen GAP im Zusammenhang mit den Öko-Schemes haben. Da wird sicherlich viel passieren. Aber das passiert nicht in diesen Haushaltsberatungen. Das kommende Jahr wird ein entscheidendes Jahr sein. Der Ausschuss wird eine wichtige Rolle bei den Debatten spielen, die wir mit Blick auf die kommende Förderperiode zu führen haben werden.

Einzelberatung

Abg. **Karin Logemann** (SPD): Wir sperren uns nicht gegen eine Einzelberatung. Aus der Sicht der SPD-Fraktion ist sie aber nicht erforderlich.

Abg. **Helmut Dammann-Tamke** (CDU): Das sehen wir ebenso.

Abg. **Miriam Staudte** (GRÜNE): Einige Fragen habe ich durchaus noch. Wir müssen den Einzelplan aber nicht seitenweise durchgehen.

Ich stelle meine Fragen in der Reihenfolge der Haushaltsansätze, nicht etwa nach Gewichtung.

Zur Grünen Woche. In der vergangenen Sitzung haben wir gehört, dass die Grüne Woche im kommenden Jahr wahrscheinlich ausfallen wird. Es wird es sich um ein Branchentreffen handeln. Spiegeln die ausgewiesenen Mittel den aktuellen Stand wider?

Zur Afrikanischen Schweinepest. Was den für die Prävention vorgesehenen Ansatz angeht, so vermute ich, dass Mittel für den Abschuss weiterer Wildschweine bereitgestellt werden sollen. Der Ansatz für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest soll jedoch auf Null reduziert werden. Wir fragen uns, warum mobile Einrichtungen, die benötigt werden, nicht bereits im Vorfeld angeschafft werden können. Schließlich muss es im Ausbruchsfall schnell gehen. Deswegen waren wir verwundert, dass der Ansatz für die Bekämpfung komplett auf Null gesetzt werden soll.

Das Grünlandzentrum habe ich bereits angesprochen. War der Hinweis auf die Möglichkeit einer institutionellen Förderung ernst gemeint? Gibt es dafür weitere Pläne?

Der Ansatz für Forschung und sonstige Förderung auf dem Gebiet der Torfersatzstoffe soll reduziert werden.

Der Ansatz für Forschung und Förderung zur Umsetzung des Tierschutzplans 4.0 und sonstige Förderung des Tierschutzes soll um 100 000 Euro abgesenkt werden.

Auch im Zusammenhang mit Tierwohlmaßnahmen sehen wir eine massive Kürzung. Möglicherweise werden die Mittel aber auch nur umgeschichtet.

Vielleicht können Sie das kurz erläutern.

Was die Förderung des ökologischen Anbaus angeht, so habe ich das so verstanden, dass die Prämien wie etwa die Umstellungsprämie weitergezahlt werden sollen, aber das Projekt zur Außerhausverpflegung nicht fortgesetzt werden soll. Hat nicht gerade die Corona-Krise gezeigt, dass das Interesse an Bio-Nahrungsmitteln sehr groß ist und im Bereich der Außerhausverpflegung eine riesige Lücke besteht? Von daher frage ich mich, ob es sinnvoll ist, dieses Projekt lediglich einjährig zu betreiben und dann für abgehakt zu erklären.

In den „Daten und Informationen für die parlamentarische Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2021“ wird darauf hingewiesen, dass im Haushalt 2021 zusätzlich Mittel für weitere drei Öko-Modellregionen vorgesehen sind. Ich war davon ausgegangen, dass es sich bei der Förderung der Öko-Modellregionen um eine mehrjährige Förderung handelt. Die Rede ist von 180 000 Euro. Bedeutet „weitere drei“, dass die Förderung für die drei bestehenden Öko-Modellregionen im kom-

menden Jahr wegfällt? Müssten nicht, wenn drei weitere Öko-Modellregionen hinzukommen, die Mittel verdoppelt werden? Ich kann mir nicht vorstellen, dass in einem einzigen Jahr in einer Modellregion nachhaltige Strukturen gefördert werden können.

Vielleicht können Sie in diesem Zusammenhang auch noch etwas dazu sagen, wie die drei weiteren Öko-Modellregionen ausgewählt werden sollen.

Was das Thema der Digitalisierung angeht - dies ist keine Frage, sondern das hatte ich bei meiner Bewertung des Haushaltsplanentwurfs zu erwähnen vergessen -, so hat es uns gerade nach der Anhörung, die wir hier im Ausschuss durchgeführt haben, gewundert, dass im Zusammenhang mit der Digitalisierung immer nur Positives gesehen wird, während sich Themen wie Datenschutz im Haushaltsplanentwurf nicht wiederfinden.

MR Haferkamp (ML): Die Grüne Woche wird nach unseren Erkenntnissen ausfallen. Hier gibt es vertragliche Regelungen mit der Marketinggesellschaft. Aktuell befinden wir uns gerade mit der Marketinggesellschaft in der Prüfung, in welchem Umfang die Verträge zu erfüllen sind und inwieweit am Ende Mittel frei sein werden, die dann für andere Maßnahmen der Marketinggesellschaft eingesetzt werden können oder müssen. Auch während der Corona-Zeit sind Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, allerdings in einer anderen Art und Weise, als dies mit der Grünen Woche als Präsenzveranstaltung geschieht.

Was die ASP angeht, so haben wir im vergangenen Jahr Prävention und Erstattung auf zwei Titelgruppen aufgeteilt. Der Ansatz für die Prävention soll gegenüber dem laufenden Haushalt um 400 000 Euro - wie wir glauben: bedarfsgerecht - angehoben werden.

Was die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest betrifft, so ist im Haushaltsplanentwurf ein Minus von 2 058 000 Euro vorgesehen. Mit dem Finanzministerium besteht die Absprache, dass wir im Ausbruchsfall, wie auch in den vergangenen Jahren bei anderen Grippelagen - die Vogelgrippe ist als Beispiel genannt worden -, bedarfsgerecht Mittel außerplanmäßig zur Verfügung gestellt bekommen können. Insofern wollten wir hier keine Vorsorge treffen. Die Mittel sind über die Jahre nicht benötigt worden. Gleichwohl standen sie im Haushalt und mussten gegenfinanziert wer-

den. Jetzt ist ein anderer Weg gewählt worden: Wenn etwas passiert, müssen Mittel in der entsprechenden Höhe zur Verfügung gestellt werden.

MR'in **Abel** (ML): Die Präventionsmittel werden nicht nur für den Abschuss von Schwarzwild verwendet, sondern auch für die Fallwildsuche oder auch den Hundeeinsatz. Die Mittel werden aber auch zur Vorbereitung auf den Ausbruchfall verwendet. Mit diesen Mitteln haben wir auch Zäune gekauft, Bergesets beschafft, und wir haben Container beschafft, damit das Fallwild ordnungsgemäß entsorgt werden kann. Wir haben damit Wildsammelstellen finanziert. Wir haben also schon Vorbereitungen für einen umfassenden Materialeinsatz getroffen, damit im Ausbruchfall das Fallwild gefunden und entsorgt werden kann, ohne dass wir Probleme bekommen. Wir sind aus den Präventionsmitteln, die weiterhin zur Verfügung stehen werden, auf den Ausbruchfall mit entsprechendem Material vorbereitet.

MR **Haferkamp** (ML): Sie hatten das Minus von 300 000 Euro beim Grünlandzentrum angesprochen. Bei diesem Betrag ging es um eine Projektförderung, die in diesem Jahr planmäßig ausgelaufen ist. In der Mipla war auch keine weitere abgesicherte Finanzierung dargestellt.

Dieser Titel wurde von der Vorgängerregierung 2017/2018 erstmals ausgebracht und ist auch seinerzeit in der Mipla nicht fortgeschrieben worden. Die Mittel waren vielmehr immer nur für ein Jahr zur Verfügung gestellt worden. Die Projektförderung ist ausgelaufen. Das Grünlandzentrum finanziert sich auf andere Art und Weise. Das Auslaufen dieses konkreten Projektes führte zu der angesprochenen Reduktion.

Ferner hatten Sie die Ackerbaustrategie angesprochen. In Kapitel 09 03 haben wir bei Titel 686 24 zusätzlich 200 000 Euro ausgebracht, um Projekte im Bereich der Ackerbaustrategie vorantreiben und das umsetzen zu können, was die Ministerin bereits angesprochen hat. Wir müssen über Projekte die Möglichkeiten erkunden, um dann am Schluss zu sehen, was in der Realität bzw. im Alltag tatsächlich umgesetzt werden kann.

Angesprochen hatten Sie außerdem ein Minus von 100 000 Euro beim Tierschutzplan. Dabei geht es um die Mittel, die im vergangenen Jahr über die politischen Beratungen - Hinweis: Katzenkastration - zur Verfügung gestellt worden

sind. Diese Mittel haben wir nicht fortgeschrieben. Aktuell stehen, wenn ich richtig informiert bin, 300 000 Euro durch interne Prioritätensetzungen in der Titelgruppe zur Verfügung. Die Umsetzung ist noch für diesen Herbst vorgesehen.

Des Weiteren hatten Sie die Themen Öko-Modellregionen und Ökolandbau angesprochen. Dabei geht es, so glaube ich, weniger um die Zahlen als vielmehr um die Inhalte.

Dr. Dreesmann (ML): Wir haben derzeit drei Öko-Modellregionen, und im kommenden Jahr sollen drei weitere hinzukommen. Wir wollen wieder ein Interessenbekundungsverfahren durchführen. Wie es genau aussehen wird, müssen wir noch schauen. Vielleicht wird es sich so darstellen wie das Verfahren im vergangenen Jahr, das ja erfolgreich war. Natürlich ist es sinnvoll, diese Modellregionen länger durchzuführen. Erst einmal stehen die Mittel für das kommende Jahr zur Verfügung, aber natürlich ist es inhaltlich sinnvoll, das fortzuführen.

Was die Außerhausverpflegung angeht, so stehen, wie auf Seite 54 des Haushaltsplanentwurfs ausgeführt ist, die Mittel für ein Vermarktungsprojekt für den wachsenden Absatz von Biolebensmitteln in öffentlichen Kantinen, Kindergärten und Krankenhäusern nur einmalig für das Haushaltsjahr 2020 zur Verfügung. Wir können die Mittel, die für 2020 eingestellt worden sind, auch auf die Jahre 2021 und 2022 verteilen. Wir würden auch noch bewilligen. Eine Bewilligung ist noch nicht erfolgt, weil die Richtlinie, nach der wir bewilligen können, gerade erst veröffentlicht worden ist. Sofern die Anträge bewilligt werden, können wir dann 2021 und 2022 die Maßnahmen durchführen.

MR **Haferkamp** (ML): Die Reduzierung des Ansatzes für Forschung und sonstige Förderung auf dem Gebiet der Torfersatzstoffe um 30 000 Euro ist ein kleiner Beitrag zu der ressortspezifischen Ausgabenminderung, also der Einsparverpflichtung, die wir abbilden mussten.

Abg. **Miriam Staudte** (GRÜNE): Es wird berichtet, dass der Landesrechnungshof viele Fragen aufgeworfen hat, was die Verwendung der Mittel der Landwirtschaftskammer angeht. Es soll wohl eine Replik des Ministeriums verfasst werden. Wird die Replik dergestalt ausfallen, dass es keine Ansatzpunkte gibt, noch einmal genauer hinzuschauen? Insgesamt soll die Landwirtschafts-

kammer ja ungefähr 2 Millionen Euro mehr bekommen. Wie ist hier der aktuelle Stand?

MR Haferkamp (ML): Wir befinden uns derzeit in einem sehr intensiven Austausch mit der Landwirtschaftskammer. Sie sprechen den Prüfbericht des Landesrechnungshofs an, der mit einer dreistelligen Seitenzahl sehr umfangreich ist und auch sehr intensiv bearbeitet werden muss. Der Austausch wird sich über einige Wochen und Monate hinziehen müssen, bevor man in Ergebnisse einsteigen kann. Die im Haushaltsplanentwurf abgebildete Steigerung der Mittel beruht nahezu ausschließlich auf Tarifsteigerungen.

Abg. Miriam Staudte (GRÜNE): Ich möchte anregen, dass uns, wenn die Prüfungen abgeschlossen sind, die Dinge im Ausschuss etwas genauer dargelegt werden. Immerhin geht es um sehr hohe Summen. Die Position des Ministeriums hierzu interessiert uns natürlich.

Abg. Hermann Grupe (FDP): Ich habe noch eine Frage zu den Wirtschaftsdüngerlagerstätten. Inwieweit haben die Mittel, die zur Verfügung gestanden haben, ausgereicht? Ich meine, mich zu erinnern, dass das Antragsvolumen deutlich höher war. Gibt es in bestimmten Fällen die Möglichkeit, diesen Bereich aus anderen Haushaltspositionen zu fördern, oder sollen die Zuschüsse völlig gestrichen werden?

Wie ist der Ansatz zur Förderung besonders nachhaltiger Verfahren im Ackerbau oder bei einjährigen Sonderkulturen zu verstehen? Eingestellt sind 17,2 Millionen Euro. Geht es dabei nur um Ökolandbau oder auch um die Ackerbaustrategie? Was wird aus diesem Ansatz gefördert? Das betrifft die Titelgruppen 90 bis 94 im Kapitel 0904.

LR Rohlfig (ML): 2019 gab es eine Landesfördermaßnahme für Wirtschaftsdüngerlagerstätten. Damals wurden weit über 400 Anträge gestellt, von denen letztlich 335 bewilligt werden konnten, wobei einige Anträge allerdings aufgrund der Förderbedingungen wieder aussortiert werden mussten. Innerhalb dieser Maßnahme gab es ganz konkret 12,25 Millionen Euro. Als Nachfolgeregelung für dieses Jahr haben wir ein etwas erweitertes Förderspektrum. Das Förderprogramm heißt „Maßnahmen zur Optimierung des Nährstoffeinsatzes in der Landwirtschaft“ und hat ein Volumen von insgesamt 12 Millionen Euro für Wirtschaftsdüngerlagerstätten und weitere Fördergebiete.

Dr. Dreesmann (ML): Bei dem Ansatz in Titel 683 90 im Kapitel 0904 geht es nicht um investive Mittel, sondern um Mittel, die im Rahmen der Agrar-Umweltmaßnahmen im ökologischen Landbau für Prämien eingestellt sind.

Abg. Hermann Grupe (FDP): Sie haben eine Steigerung um 7,4 Millionen Euro vorgesehen. Dabei geht es nur um Prämien.

Dr. Dreesmann (ML): Ja. Dabei geht es auch um die Mittel, die eingestellt worden sind, um die Ziele in Bezug auf den ökologischen Landbau, auf die die Ministerin in ihrer Einbringungsrede hingewiesen hat, zu erreichen. Es geht darum, die Erreichung der Ziele über die Prämien abzusichern.

Wenn wir für den ökologischen Landbau einen Anteil von 10 % oder - bis 2030 - 15 % erreichen wollen - ich gehe jetzt nur mal auf den ökologischen Landbau und nicht auf die anderen Agrar-Umweltmaßnahmen ein, die wir weiter fördern wollen -, dann muss das hinterlegt sein. Wir wollen das über die GAP hinterlegen, und dafür müssen wir die entsprechenden Mittel vorsehen.

Abg. Miriam Staudte (GRÜNE): Die Dinge sind möglicherweise deshalb etwas verwirrend, weil zwar die Gesamtsumme erhöht worden ist, aber nicht aufgeschlüsselt wird. Wenn man das kritisch liest, könnte man zu dem Ergebnis kommen, dass für die Förderung des ökologischen Landbaus keine Mittel vorgesehen sind. Gleiches gilt für die Förderung besonders nachhaltiger Verfahren auf Dauergrünland. „Förderung besonders nachhaltiger Verfahren im Ackerbau oder bei einjährigen Sonderkulturen“ kann im Grunde alles bedeuten.

Dr. Dreesmann (ML): Das entspricht den Vorgaben der GAK. Auch dort steht das so allgemein.

Abg. Helmut Dammann-Tamke (CDU): Ich möchte mich der Kollegin Logemann insofern anschließen, als ich aus Gründen der Zeitökonomie die etwa ein Dutzend Fragen, die ich habe, heute zurückstelle. Erfahrungsgemäß haben die die Regierung tragenden Fraktionen bessere Kanäle direkt in die Landesregierung, um ihre Fragen beantwortet zu bekommen.

Der **Ausschuss** und der **Unterausschuss** schlossen damit ihre Haushaltsplanberatungen ab.

Der **Ausschuss** und der **Unterausschuss** nahmen den Einzelplan 09 sowie die in ihren Zustän-

digkeitsbereich fallenden Teile der Mipla 2020 bis
2024 zur Kenntnis.
